

IMMER HERR DER SITUATION BLEIBEN



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

20. Jahrgang / Heft 11/12

November-Dezember 1965

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Kommuniqué	2
Zum Ausgang der Bundestagswahlen — und wie weiter	4
Rolle und Bedeutung des 8. Ordentlichen Gewerkschafts- tages	10
Die Demokratie er- fordert — Legalität für die KPD	15
Das Grundgesetz ver- teidigen — die Not- standsdiktatur ver- hindern	18
Die Verschärfung der Lage und der Kampf für fried- liche Koexistenz	22
Über das September- plenum des ZK der KPdSU	26
Der Außenhandel der DDR	31
Aus der internatio- nalen Arbeiter- bewegung	35
Junge Genossen fra- gen — Wissen und Tat antwortet:	
Verdeckter Krieg — was ist das?	37
Leserzuschriften	41
Tatsachen aus der DDR	45
In Gedenken an Albert Schweitzer	47

Kommuniqué

Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands befasste sich in seiner letzten Sitzung ausführlich mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen und den nächsten Aufgaben der Partei. Der Beratung lag ein Bericht der Wahlkommission der Partei vor. Das einleitende Referat hielt der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Max Reimann. Das Politbüro billigte das Referat.

Mit dem Ausgang der Wahlen ist eine Lage entstanden, die zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen und Auseinandersetzungen führen wird. Die herrschenden monopolistischen und militaristischen Kreise wollen den Wahlausgang nutzen, um ihre Politik der Aggression, den Griff nach Atomwaffen, der Vernichtung der demokratischen Rechte und des Angriffs auf die Lebenshaltung der Werkältigen zu verstärken. Damit sind größere Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften mit den großen Monopolen und deren Regierung unausbleiblich geworden.

Es gibt starke Kräfte in der Bundesrepublik, die imstande sind, die antinationale Politik der monopolistisch-militaristischen Machthaber zu durchkreuzen. Die während der Wahlkampagne gewachsene Aktivität der friedliebenden demokratischen Kräfte kam in bedeutsamen außerparlamentarischen Aktionen der Atomwaffengegner, in der Bewegung gegen die Verjährung der Nazikriegsverbrechen, in der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und vor allem im Kampf gegen die Notstandsgesetze zum Ausdruck. Diese Aktivitäten gilt es jetzt zu steigern durch das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften, das einheitliche Handeln aller Friedensanhänger und Demokraten. Das ist von erstrangiger Bedeutung für die weiteren Auseinandersetzungen, um die lebensgefährliche Politik der herrschenden Kreise erfolgreich zu bekämpfen und eine friedliche, nationale und demokratische Alternative durchzusetzen.

Mit dem Ausgang der Bundestagswahlen steht die Erhard-Regierung mit ihrer Revanchepolitik nach außen und ihrer antidemokratischen Politik nach innen wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Ihr ge steigerter Expansionsdrang stößt selbst bei den eigenen Verbündeten auf zunehmenden Widerspruch. Ihre

Position in der Deutschlandfrage, das angemäße „Recht“, für ganz Deutschland zu sprechen, die unrealistische Hallstein-Doktrin, gerät immer mehr ins Wanken. Der Griff nach Atomwaffen, die Waffenbrüderlichkeit mit den aggressiven USA-Imperialisten im schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk, wie die Torpedierung aller Bemühungen um Entspannung und Abrüstung machen den Völkern deutlich, daß die Bonner Regierung und die hinter ihr stehenden monopol-kapitalistischen und militaristischen Kräfte die Hauptgefahr für Frieden und Sicherheit in Europa sind und eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage verhindern.

Erhard, Adenauer, Strauß und Hassel haben erklärt, daß ihr innenpolitischer Kurs bestimmt werden soll durch den verschärften Angriff auf die Gewerkschaften, deren Lohnpolitik, und neue Anschläge auf die sozialen Rechte, auf die Lebenshaltung aller Werktätigen. Dabei kommt die CDU/CSU auch in Gegensatz mit einem erheblichen Teil ihrer eigenen Wähler, vor allem mit den christlichen Werktätigen. Die Notstandsgesetze richten sich gegen die demokratischen und sozialen Interessen breiter Volkschichten und dienen der Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Die jüngsten gewerkschaftlichen Verbandstage brachten zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften die Notwendigkeit erkennen, sich auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Die Forderungen der Gewerkschaften gegen die atomare Aufrüstung in jeglicher Form, gegen die Notstandsgesetzgebung, für das Mitbestimmungsrecht, für höhere Löhne, gegen Preissteigerungen, für die Verteidigung und den Ausbau der sozialen Rechte entsprechen allen Werktätigen. Das Eintreten von Gewerkschaften für weltweite Entspannung und Abrüstung, für Fühlungnahme mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder machen deutlich, wie auch der politische Einfluß der Gewerkschaften wächst und wirksamer wird.

Innerhalb der SPD besteht ein Unbehagen über den Wahlausgang. Viele

unserer sozialdemokratischen Genossen fragen nach den Ursachen, warum es der CDU/CSU erneut gelungen ist, einen Erfolg zu erzielen und sogar ihren prozentualen Vorsprung gegenüber der SPD zu vergrößern. Das Gespräch hierüber ist erforderlich geworden. Wir wollen es führen, ohne uns in die inneren Angelegenheiten der SPD einzumischen. Es geht nicht um die Belehrung, es geht darum, die gemeinsamen Erfahrungen nutzbar zu machen, damit Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenstehen und die auf uns zukommenden Gefahren gemeinsam abwehren. Es geht darum, daß alle Kräfte, über bestehende Meinungsverschiedenheiten hinweg, sich einigen und wirksam der verhängnisvollen CDU/CSU-Politik entgegentreten.

Das Wichtigste ist jetzt:

1. Die atomare Aufrüstung muß verhindert werden. In keiner Form dürfen die militaristischen Machthaber und deren Nazigenerale die Hand an Atomwaffen bekommen. Das ist die Schlüsselfrage für Krieg oder Frieden, für Spaltung oder Wiedervereinigung, für Diktatur oder Demokratie, für Sicherung des Lebensstandards oder Gefährdung all dessen, was wir erreicht haben.
2. Keine Notstandsgesetze! Notstandsgesetze dienen allein der Sicherung der Macht der CDU/CSU, der Fortsetzung und Steigerung ihres verhängnisvollen Atomkriegskurses, der Entrichtung der Gewerkschaften, der Vernichtung der Volksrechte. Verhinderung der Notstandsgesetze ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und für den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung.
3. Abwehr jeglichen Anschlags auf die Lebenshaltung der werktätigen Menschen durch einheitlichen Kampf gegen das reaktionäre Sozialpaket, gegen Preissteigerungen, gegen Erhöhung der Mieten und der Massensteuern. Zur Sicherung und Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung in Stadt und Land muß jeder Angriff der Regierung auf die Lohnpolitik der Gewerkschaften zurückgeschlagen werden.

Die in unserem Wahlprogramm und im Wahlaufruf dargelegte nationale Politik unserer Partei, die Konzentration auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Schichten der Bevölkerung machte vielen Menschen die bedeutsame Rolle unserer Partei bewußt und stärkte ihr Ansehen.

In der Wahlkampagne haben in wachsendem Maße Werktätige wie auch Vertreter anderer Bevölkerungsschichten die Forderung nach der Legalität der KPD erhoben. Mit der Orientierung auf die gegenwärtig zentralen und entscheidenden Punkte des Kampfes für die Interessen des Volkes verbinden wir immer stärker die Forderung nach der Aufhebung des Verbots unserer Partei.

Zum Ausgang der Bundestagswahlen — und wie weiter*)

von MAX REIMANN

Die Bundestagswahlen sind vorüber. Unverkennbar sind die großen Anstrengungen, die unsere Partei während des Wahlkampfes unternommen hat. Hervorragend war der

unermüdliche Einsatz vieler Genossinnen und Genossen, denen wir dafür den Dank der Parteiführung aussprechen möchten.

Unsere Politik hat sich als richtig erwiesen

Wir glauben mit Recht sagen zu können, daß sich die vom Zentralkomitee für die Bundestagswahlen gegebene politische und wahlaktatische Orientierung als richtig erwiesen hat. Wir waren bemüht, die Lebensfragen der Bevölkerung unseres Landes in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Politik der CDU/CSU und ihres Koalitionsanhängers, der FDP, zu rücken. Wir waren bestrebt, in dieser Auseinandersetzung unsere konstruktiven Vorstellungen für eine friedliche und demokratische Bundesrepublik vor der Arbeiterklasse und der Bevölkerung darzulegen. Gemeinsam mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften, den Gewerkschaften, den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, Vertretern der Intelligenz, der DFU und vielen anderen waren wir bemüht, unseren Beitrag dafür zu leisten, daß die CDU/CSU und ihre Politik geschlagen und einer neuen Politik zum Durchbruch verholfen wird. Der Ausgang der Wahlen zeigt, daß es den friedliebenden demokratischen Kräften der Arbeiterklasse und des Volkes nicht gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen.

Der ganze Verlauf des Wahlkampfes ist ein zusätzlicher Beweis dafür, wie notwendig die Bundesrepublik eine legale KPD braucht. Ohne unsere Kraft und ohne unseren Einfluß überschätzen zu wollen, ist eines sichtbar: Eine Kommunistische Partei, die ganz legal in die Auseinandersetzung eingreifen kann, würde alle übrigen politischen Kräfte zwingen, deutlicher zu den anstehenden Grundfragen Stellung zu nehmen. Das ist übrigens eine Erkenntnis, die in den verschiedensten Bevölkerungskreisen immer mehr Fuß faßt. Es wird auch immer augenscheinlicher, daß eine notwendige Veränderung des Kräfteverhältnisses und des gesamten politischen Kurses der Bundesrepublik immer dringender eine legale Kommunistische Partei erfordert. Erneut hat der Wahlkampf gezeigt, daß sich das Verbot der KPD als ein Mittel der herrschenden Kreise erweist, jede Art von demokratischer Bewegung und Opposition niederzuhalten. Aus all dem kann es nur eine Schlußfolgerung geben: Die Bundesrepublik braucht eine legale KPD. Der Kampf für die Wiederherstellung ihrer Legalität muß gerade jetzt im Zusammenhang mit den verschiedensten Bewegungen mit aller Kraft geführt werden.

*) Aus einer Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Gen. Max Reimann, im Polit-Büro des ZK der KPD

Wahlausgang schuf sehr ernste Lage

Mit dem Ausgang der Bundestagswahlen ist eine sehr ernste Lage entstanden. 15 Millionen Wähler, darunter auch viele Arbeiter, haben der CDU/CSU ihre Stimme gegeben. Sie wurde wiederum zur wählertstärksten Partei. Die Frage, die sich uns stellt, ist die: Wie konnte es der CDU/CSU gelingen, einen so bedeutenden Stimmenzuwachs zu erreichen? Das konnte ihr deshalb gelingen, weil in breiten Teilen unseres Volkes einschließlich der Arbeiterklasse die Gefahren, die vom deutschen Revanchismus und Militarismus ausgehen, immer noch nicht erkannt werden. Es war ihr möglich durch eine geschickte Demagogie, durch Aufputschung nationalistischer und antikommunistischer Leidenschaften Millionen Menschen unseres Landes irrezuführen. Bekanntlich hat die CDU/CSU den Wahlkampf so geführt, daß sie der Bevölkerung unseres Landes eine unmittelbar von der Sowjetunion drohende Gefahr vorgelogen hat. Davon ausgehend hat sie sich vor den Wählermassen so dargestellt, als sei sie für die Sicherheit der Bundesrepublik, hat sie sich als eine Partei produziert, der es „um Deutschland gehe“, hat sie sich in der ganzen Öffentlichkeit als eine „nationale Kraft“ dargeboten. In demagogischer Weise hat die CDU/CSU es verstanden, die bisherige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik und alle sozialen Verbesserungen auf das Konto ihrer Politik, ihrer Regierungszeit zu buchen.

Es ist unverkennbar, daß die deutschen Revanchisten und Militaristen die Verschärfung der internationalen Lage und vor allem den Wahlausgang zu ihren Gunsten nutzen werden, um ihre Machtpositionen im Innern des Landes auszubauen und der Verwirklichung ihrer Revanchepläne näherzukommen. Gerade in letzter Zeit ist der Drang der deutschen Imperialisten nach Mitspracherecht über den Einsatz von Atomwaffen und die Forderung nach Eigenbesitz heftiger geworden. Immer lauter geworden sind auch die Forderungen auf Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik und die Gebietsforderungen gegenüber anderen Ländern.

Worauf ist die wachsende Aggressivität des deutschen Imperialismus gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen zurückzuführen? Sie ist nicht einfach zu erklären durch diese oder jene Revancheforderung. Wir müssen den Dingen etwas tiefer auf den Grund gehen. Wir haben auf der 4. und 5. ZK-Tagung und auch in unserem Wahlprogramm erklärt, daß sich der Übergang der Bundesrepublik zum staatsmonopolistischen System im wesentlichen vollzogen hat. Aus dieser Tatsache haben wir geschlußfolgert, daß damit die aggressiven Besonderheiten des deutschen Imperialismus noch verstärkt werden. Die ökonomische Stärke des deutschen Imperialismus drängt zur verstärkten Expansion. Barzel und andere Politiker haben im Wahlkampf ganz offen erklärt: dem schon vorhandenen ökonomischen Gewicht der Bundesrepublik müsse nunmehr auch im politischen und militärischen Raum Geltung verschafft werden. In der Wahlagitation der CDU/CSU hört sich dieser zunehmende Expansionsdrang so an: „Wir sind wieder wer. Wir stellen wieder etwas dar. Wir dürfen mit unseren Forderungen nicht hinterm Berg halten. Wir müssen unserer Politik Geltung verschaffen.“ Was ist das andere, als der Ausdruck eines gesteigerten Expansionsdranges. Den deutschen Imperialisten ist die Jacke, in der sie sich befinden, ganz offensichtlich zu eng geworden. Sie drängen immer mehr auf Ausweitung ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Machtpositionen.

Erkennt das die Bevölkerung unseres Landes? Nein, von der Masse der Bevölkerung wird das noch nicht erkannt. Im Gegenteil, breite Bevölkerungskreise schenken den Friedensbeteuerungen der Bonner Machthaber und dem großen Betrug, die Bonner Politik gebe Sicherheit, Glauben. Den Bonner Machthabern gelingt es immer noch, ihre direkten Kriegsvorbereitungen in Geheimnisse zu hüllen und sie vor den Augen der Bevölkerung als notwendige Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik darzustellen.

Arbeiterklasse meldet ihre Forderungen an

Die aggressiven Ziele, die die deutschen Imperialisten hegen, sind eine Sache. Die Kraft, die sie zur Verwirklichung dieser ihrer Ziele besitzen, ist eine andere. Sie wissen sehr wohl, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt verändert hat. Sie glauben, unter diesen Bedingungen ihre Revancheziele dadurch verwirklichen zu können, daß sie auf eine Achse Bonn-Washington setzen, um auf den verschiedensten Wegen zur Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu kommen oder aber Atomwaffen in eigener Produktion herzustellen.

Die verstärkten Expansionsbestrebungen der deutschen Imperialisten und Militaristen verschärfen alle Widersprüche im Innern des Landes. Es ist ganz offensichtlich, daß sich der Klassengegensatz zwischen den imperialistischen Kräften und der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik weiter verschärfen wird. Während die aggressiven Kreise des Imperialismus ganz offen den Kurs direkter Kriegsvorbereitungen steuern, meldet die Arbeiterklasse, wie das sichtbar geworden ist auf den Verbandstagen der IG Metall, der IG Bergbau und Energie, der IG Druck und Papier, ihre Forderungen auf Änderung der Politik zu Gunsten des Friedens, gegen Atomrüstung, für Entspannung, Abrüstung, Sicherung der Demokratie und die Hebung des sozialen Lebensstandards, an. Gleichfalls verschärft sich der Gegensatz zwischen den herrschenden Kreisen des Imperialismus und den demokratischen und friedliebenden Volkskräften. Das wurde in jüngster Zeit vor allen Dingen deutlich im Auftreten von Repräsentanten der Intelligenz gegen den Kurs der herrschenden Kreise in Bonn. Ausdruck der wachsenden Gegensätze sind auch die Auseinandersetzungen, die selbst in das Lager der herrschenden Kreise hineinreichen und die z. B. auch während der Regierungsbildung sichtbar wurden.

Mit den zunehmenden Expansionsbestrebungen verschärfen sich auch die Widersprüche zwischen der Bundesrepublik und anderen imperialistischen Staaten. Bei der Verfolgung ihrer Expansionsbestrebungen sehen sich die deutschen Imperialisten und Mili-

taristen vor die Tatsache gestellt, daß sie Gefahr laufen, sich mehr und mehr zu isolieren, daß sie nicht nur auf den wachsenden Widerstand der sozialistischen Länder, der DDR, sondern auch einflußreicher Kreise des westlichen Auslandes einschließlich einer Reihe von Regierungen stoßen.

Es ist keine Zufälligkeit, daß gerade in dem Moment, da die Bonner Machthaber ihre direkten und psychologischen Kriegsvorbereitungen verstärken, da die Krise der außenpolitischen Konzeption der Bonner Regierung am augenscheinlichsten geworden ist, eine Welle des Nationalismus und des Chauvinismus entfacht worden ist.

Aber der Nationalismus, der kennzeichnend war für die Wahlkampfführung der CDU/CSU und auch der anderen Parteien, war noch immer ein Mittel der Kriegsvorbereitung und noch niemals ein Mittel, vorhandene Widersprüche und Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Auch nach dem Ausgang der Bundestagswahlen sehen sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik bei ihrer sich verschärfenden aggressiven Politik vor Schwierigkeiten gestellt, die nicht kleiner, sondern größer werden. Das ist es, was einige Politiker und Publizisten schon während des Wahlkampfes zu der Feststellung veranlaßte; nach den Wahlen werden sich die Regierenden in Bonn weitaus größeren Schwierigkeiten gegenübersehen. Schwierigkeiten, die sich aus ihrem größer werdenden Drang nach Atomwaffen, aus der Einschränkung der demokratischen Rechte und der beabsichtigten Notstandsverfassung, aus Preissteigerungen und der Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen ergeben werden. Schwierigkeiten, die aus der Haltung der Bundesrepublik in der Deutschlandfrage, insbesondere aus ihrem Anspruch auf das Alleinvertretungsrecht, aus ihrem Festhalten an der Hallstein-Doktrin, aus ihrer unrealistischen Haltung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, aus ihren revanchistischen Bestrebungen gegenüber Polen und der CSSR entstehen. Schwierigkeiten, die sich aus der Haltung der Bundesrepublik

zu den Bemühungen der Sowjetunion und anderer Staaten um Abrüstung und Entspannung und aus der Tatsache ergeben, daß die Angriffe einer

Reihe kapitalistischer Staaten gegen die EWG immer heftiger, die Angriffe Frankreichs gegen die NATO immer intensiver werden.

Warum wurde die CDU nicht geschlagen?

Als dieser Sachlage ergeben sich natürlich notwendig eine Reihe von Konfliktstoffen für kommende Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik, ergibt sich geradezu die Notwendigkeit, daß in der nächsten Zeit die Auseinandersetzungen zwischen den aggressiven Kräften auf der einen Seite und den Volkskräften auf der anderen Seite schärfere Formen annehmen werden.

Der CDU/CSU konnte, und das muß man ganz offen aussprechen, dieser Wahlerfolg nur gelingen, weil die SPD-Führung darauf verzichtete, sich mit der verhängnisvollen Politik der CDU/CSU auseinanderzusetzen und ihr eine Alternative entgegenzustellen. Die SPD-Führung hat — nachdem sie in den letzten Jahren ganz offen auf die Positionen der staatsmonopolistischen Ordnung und den politischen Kurs der herrschenden Kreise übergegangen ist — mit ihrer Unarmungstaktik gegenüber der CDU/CSU, mit der Gemeinsamkeitspolitik, wie sie von Wehner und Erler betrieben wird, Schiffbruch erlitten. Was wir immer vorausgesagt haben, hat sich bestätigt: Die Politik der CDU/CSU läßt sich nicht schlagen durch den Verzicht auf eine selbständige Politik. Im Gegenteil, ein solcher Verzicht mußte notwendigerweise die Positionen der CDU/CSU stärken.

Wehner und Erler hatten der Mitgliedschaft und den SPD-Anhängern versprochen, die SPD zur wählstärksten Partei zu machen. Damit haben sie nicht nur die Preisgabe einer selbständigen Politik, sondern im Grunde genommen auch die These gerechtfertigt, nach der sie die Tür nach links zuschlugen, um die Tür nach rechts zu öffnen. Die Preisgabe einer selbständigen Arbeiterpolitik zu Gunsten der Absicht, in die Kreise des Bürgertums einzubrechen,

hat sich nicht ausgezahlt. Ein solcher Einbruch ist der SPD-Führung nicht gelungen. Der Massen der Wähler haben sie selbst die Möglichkeit genommen, zwischen der Politik der CDU/CSU auf der einen und der Politik der SPD-Führung auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Arbeiterschaft gaben der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme in der Hoffnung, damit die CDU/CSU und ihre Politik zu schlagen und einer neuen Politik den Weg zu öffnen. Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung, und das nicht zuletzt deshalb, weil sich Wehner und Erler mit ihrer Politik der Gemeinsamkeit den von den Gewerkschaften gefaßten Beschlüssen gegen atomare Aufrüstung, gegen die Notstandsgesetze, für eine konstruktive Friedens- und eine aktive Lohnpolitik entgegenstellten. So gelangten viele Gewerkschafter zu der Auffassung, daß die SPD nicht mehr in dem Maße wie früher als die politische Interessenvertretung der Arbeiterschaft angesehen werden kann. Dort, wo, wie in Nordrhein-Westfalen, im Saargebiet, in Städten wie Mannheim sozialdemokratische Organisationen und Funktionäre den gewerkschaftlichen Kampf und die gewerkschaftlichen Aktionen unterstützten, hatte die Sozialdemokratische Partei den größten Stimmenzuwachs. Offensichtlich aber hat die SPD dort den geringsten Stimmenzuwachs, ja mußte sie zum Teil Stimmeneinbußen hinnehmen, wo die reitesten Kräfte der SPD wirken. Ich denke dabei an Hamburg, wo Herbert Wehner und Helmut Schmidt kandidierten, an Württemberg, wo Befürworter der Notstandsgesetze als Spitzenkandidaten nominiert wurden.

Der einzige Weg: Aktionseinheit

Eine ganz entscheidende Frage, die mit den Bundestagswahlen erneut aufgeworfen worden ist, das ist die

und Einigung der Volkskräfte

Frage: Wer hat in der Bundesrepublik die Macht? Wie kann das Kräfteverhältnis zu Gunsten des Friedens, der

Demokratie und des sozialen Fortschritts geändert werden? Wie müssen die Beziehungen der friedliebenden und demokratischen Kräfte zueinander sein? Mit aller Eindringlichkeit ist die Frage gestellt, daß es nur einen Weg gibt, die Dinge in der Bundesrepublik zu verändern: die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Einigung aller Volkskräfte.

Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß wir in dieser Hinsicht eine richtige Orientierung gegeben haben. Wir haben von Anfang an den Wahlkampf als einen Kampfabschnitt verstanden, in dem es gilt, durch die Entwicklung außerparlamentarischer Aktionen die Kräfte der Arbeiterklasse und des übrigen Volkes zusammenzuführen. Insbesondere war uns von Anbeginn daran gelegen, die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verbessern. So war und ist unsere Politik angelegt, diesem Ziel diente unser Vorschlag an Brandt, zu einer Übereinkunft im gemeinsamen Kampf gegen die CDU/CSU zu gelangen. Dieser Absicht diente auch unsere Aufforderung an die westdeutschen Wähler, solchen sozialdemokratischen Kandidaten die Erststimme zu geben, die sich als Gegner der atomaren Aufrüstung und der Notstandsgesetze hervorgetan haben. Dieser Absicht diente auch eine beachtliche Zahl von Gesprächen, die Kommunisten mit Sozialdemokraten führten.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß wir in dieser Hinsicht, also was die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten betrifft, einen beachtlichen Schritt vorangekommen sind. Das zeigte sich in dem Kampf und in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze. In dieser Bewegung und vor allem auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall, haben sich jene Fragen und Forderungen herausgeschält, auf deren Grundlage unter den heutigen Bedingungen ein Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten sehr wohl möglich ist. Das kann man nicht hoch genug einschätzen; denn hier ist die Grundlage und der Ansatzpunkt für die Weiterführung unserer Bemühungen um die Verbesserung des Verhält-

nisses zu den Sozialdemokraten gegeben.

Bei allen Erfolgen in der Entwicklung des Zusammengehens von Kommunisten und Sozialdemokraten darf man nicht die Tatsache übersehen, daß dies noch nicht zu einem Anliegen der ganzen Partei geworden ist. Wir müssen sehr kritisch die Tatsache beurteilen, daß sich im Verlaufe des Wahlkampfes vielerorts Kommunisten vorwiegend mit der Politik der Sozialdemokratie, mit der Sozialdemokratischen Partei auseinandersetzen, und dabei oftmals den Hauptstoß, der gegen die Politik der CDU/CSU gerichtet war und weiterhin gerichtet bleibt, aus den Augen verloren haben. Die Auseinandersetzung über diese Fehlorientierung hat aber auch im Verlaufe des Wahlkampfes dazu beigetragen, bei vielen Kommunisten mehr Klarheit über das richtige Verhältnis von uns Kommunisten zu Sozialdemokraten zu schaffen.

Der Ausgang der Bundestagswahlen wird sicherlich in der Sozialdemokratischen Partei zu neuen Auseinandersetzungen führen. Der Wahlausgang verpflichtet uns nunmehr geradezu, das Gespräch mit sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären zu suchen.

Jetzt, da in der Sozialdemokratischen Partei neue Diskussionen und Auseinandersetzungen heranreifen, muß es die Aufgabe von uns Kommunisten sein, diese Sache nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sondern vielmehr den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären zu helfen, die richtigen Schlüffolgerungen aus der Tatsache zu ziehen, daß die Politik der Wehner und Erler nicht zu dem erhofften Erfolg geführt hat. Es liegt uns fern, unsere sozialdemokratischen Genossen belehren zu wollen. Aber sehr nahe liegt uns, daß wir Hand in Hand mit den sozialdemokratischen Genossen und Parteiorganisationen in der Bundesrepublik so wirken, daß dem verderblichen Kurs der deutschen Monopole und Militaristen Einhalt geboten und für unser Land Friede und Demokratie gerettet werden.

Schon jetzt wird die Absicht von Wehner, Erler und bestimmten Kreisen der Großbourgeoisie deutlich, die

Verantwortung für den geringen Wahlerfolg der SPD von sich auf andere, auf den Parteivorsitzenden Willy Brandt, die Gewerkschaften und soische Sozialdemokraten abzuschieben, die sich für eine Alternative zur Politik der CDU/CSU einsetzen. Sie wollen ganz offensichtlich Willy Brandt, dessen Haltung und Auftreten im Wahlkampf den Gemeinsamkeitspolitikern nicht immer paßte, von der Ausübung seiner Aufgaben als Parteivorsitzenden verdrängen. Sie befinden

sich in dieser ihrer Absicht in voller Übereinstimmung mit den Monopolen und ihren Politikern in der CDU/CSU. Wir sollten den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären zu der Erkenntnis verhelfen, daß sich die von Wehner und Erler betriebene Politik der Gemeinsamkeit als schädlich erwiesen hat. Schon fühlen sich sozialdemokratische Genossen ermuntert, in der SPD mit ihren Forderungen auf Änderung des derzeitigen Kurses aufzutreten.

Monopole blasen zum Angriff gegen die Gewerkschaften

Im Verlaufe des Wahlkampfes ist es auch deutlich geworden, daß die herrschenden Kreise immer stärker zum Angriff auf die Gewerkschaften vorgehen. Damit ist viel brennender als bisher die Frage aufgeworfen: Welche Stellung sollen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik einnehmen? Es ist unverkennbar, daß die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die zunehmenden Angriffe der herrschenden Kreise zu einem der brennendsten Probleme geworden ist. Die wilden Angriffe von Erhard und anderen CDU/CSU-Politikern auf die Gewerkschaften, insbesondere auf die IG Metall, sind ein deutlicher Ausdruck dafür, daß nunmehr die ganze Kraft der herrschenden Kreise gegen die Gewerkschaften eingesetzt werden soll. Die richtige Antwort darauf hat der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall gegeben. Der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall hat nachdrücklich erklärt, daß sich die Gewerkschaften nicht das Recht nehmen lassen, in politischen Fragen, die die Interessen der Arbeiterschaft berühren, einzugreifen. Sie haben nachdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften, wenn es um die Interessen der Arbeitnehmerschaft geht, niemals politische Enthaltsamkeit, niemals politische Neutralität wahren dürfen.

Die Gewerkschaften werden, das ist ganz offensichtlich, auch im politischen Leben der Bundesrepublik ein immer stärker werdender Faktor. Das zeigt sich nicht nur in solchen außerparlamentarischen Aktionen, wie sie von den Gewerkschaften im Kampf gegen die Notstandsgesetze in Gang gesetzt wurden, das zeigt sich auch an der Tatsache, daß die Gewerkschaften zu allen bedeutsamen politischen Ereignissen der Gegenwart Stellung bezogen haben. Das haben sie getan zur Genfer Abrüstungskonferenz, das haben sie getan zum schmutzigen Krieg in Vietnam, das haben sie getan auch zu den Bundestagswahlen.

Wir glauben, daß der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall mit den Aussagen von Otto Brenner und anderen Delegierten, vor allem aber mit seinen Beschlüssen eine Grundlage für das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten geschaffen hat. Es entspricht den Interessen aller Werktätigen, wenn sich die Gewerkschafter nun zusammenfinden und gemeinsam darüber beraten, wie den Beschlüssen des DGB-Kongresses, des 8. Gewerkschaftstages der IG Metall und der Kongresse anderer Gewerkschaften durch entsprechende Aktionen Geltung verliehen werden kann.

Gemeinsam Gewerkschaftsbeschlüsse verwirklichen

Unverkennbar ist, daß die Aktivitäten der friedliebenden demokratischen Kräfte im Verlauf des letzten halben Jahres einen Aufschwung genommen haben. Wir denken an den Kampf der Atomwaffengegner gegen die atomare Bewaffnung der Bundes-

republik; wir denken an die Bewegung gegen die Verjährung der Nazikriegsverbrechen und an die große Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung. Wir denken an die Kraft der Gewerkschaften, an den 8. Gewerkschaftstag der IG Metall, der der

Atomrüstung und der Notstandsgesetzgebung, der Machtkonzentration der Monopole und den militärischen Großmachtträumen den Kampf angesagt und seinen Willen manifestiert hat, um mehr Einfluß auf das politische und staatliche Leben in der Bundesrepublik zu kämpfen. Da waren der Verbandstag der IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier mit ihren so außerordentlich bedeutungsvollen Beschlüssen. Da ist die Kraft der 13 Millionen sozialdemokratischer Wähler, die an ihre Stimmabgabe für die SPD die Hoffnung knüpften, daß sie mit einer neuen, einer eigenen Politik für die Beendigung des verhängnisvollen Kurses der Bonner Machthaber eintreten möge. Wir verweisen auf die Manifestation zahlreicher Geistes schaffender, die die westdeutschen Wähler vor einer Fehlentscheidung warnten und sich für eine konstruktive Friedenspolitik aussprachen. Wir sehen die Kraft der DFU und ihrer Anhänger, die während des Wahl-

kampfes in aller Öffentlichkeit deutlich gemacht haben und auch heute deutlich machen, daß sie sich nicht mit einer Entwicklung abfinden, die den friedlichen und demokratischen Interessen unseres Volkes widerspricht. Ich denke auch an viele christliche Werk tätige, die mit ihrer Stimmabgabe für die CDU/CSU Wünsche und Hoffnungen verbanden, denen die Zielsetzung und die Praktiken der Politik der CDU/CSU widersprechen. Und ich denke an die Kraft der Kommunistischen Partei, die trotz Illegalität zu einem Faktor im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik geworden ist.

Wenn sich alle diese Kräfte zusammenfinden, wenn sie der Konzentration der Macht der Kriegspartei die Konzentration ihrer Kraft entgegenstellen, dann besteht die Möglichkeit, die künftigen Auseinandersetzungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen und jede kommende Regierung unter den Druck der friedliebenden und demokratischen Kräfte zu stellen.

Rolle und Bedeutung des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall und anderer Gewerkschaftstage

von ALEXANDER MELING

Die Gewerkschaftstage der letzten Wochen fanden in einer Zeit statt, in der die Angriffe des Großkapitals und der reaktionären politischen Kräfte gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaft verstärkt vorgetragen wurden. Diese Angriffe richteten sich gegen die Stellung der Gewerkschaften in Wirtschaft und Gesellschaft und zeigten die gefährlichen Pläne, die die herrschenden Kreise mit Hilfe der neuen Bundesregierung durchzusetzen gedenken.

Der Verlauf und die Ergebnisse des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, der mit Abstand stärksten Gewerkschaft der Bundesrepublik, und die Ergebnisse des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses der IG Bergbau und Energie, des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier und des 8. Gewerkschaftskongresses der Deutschen Postgewerkschaft geben einen

Aufschluß über die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung und ihren gegenwärtigen Standort. Obwohl Monopolkapital und Regierung große Anstrengungen unternommen haben, ist es ihnen nicht gelungen, diese Gewerkschaften auf den Kurs der Sozialpartnerschaft zu drängen.

Die Entwicklung, die in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung seit einigen Jahren anhält — das Bemühen, den Interessen der Arbeiterklasse gerecht zu werden — hat sich weiter fortgesetzt. Die Gewerkschaften nehmen für sich das Recht in Anspruch, zu allen politischen Fragen Stellung zu nehmen, die das Leben der Arbeiterklasse berühren. Sie lehnen jede politische Enthaltsamkeit ab.

Es liegt im Interesse aller arbeitenden Menschen, daß das politische Gewicht der Gewerkschaften in der Ge-

sellschaft weiter zunimmt. Die Gewerkschaften müssen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus Einfluß auf das politische Leben nehmen, da anders eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiterschaft auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht möglich ist. Die Gewerkschaften waren auch deshalb gezwungen, stärker ihr politisches Gewicht zu zeigen, weil die

SPD-Führung im zunehmenden Maße die Interessen der Arbeiterklasse mißachtete. Auf Grund eigener Erfahrungen und Analysen, unter dem Einfluß der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Welt und in Deutschland kommen die Gewerkschaften zu Einsichten in den Mechanismus und die Machtverhältnisse des modernen Kapitalismus sowie diesen entsprechenden Aussagen.

Eine echte Alternative zum Bonner Kurs

Auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall wurde zu wichtigen Lebensfragen unseres Volkes Stellung genommen und wurden dem Macht- und Profitstreben der großen Monopole und ihrer Bundesregierung die gewerkschaftlichen Forderungen entgegengestellt. Es wurde vor allen Dingen herausgearbeitet, welche Politik in der Bundesrepublik notwendig ist, um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit zu erhalten. Man kann heute davon sprechen, daß die IG Metall und im Zusammenhang damit auch andere Gewerkschaften, ausgehend vom neuen DGB-Grundsatzprogramm und Aktionsprogramm in wichtigen Lebensfragen eine echte Alternative zur Politik der herrschenden Kreise verfügen. Sie bietet nicht nur die Möglichkeit, die Arbeiterklasse zu einen, um ihre Klasseninteressen durchzusetzen, sondern eröffnet zugleich auch die Möglichkeit, die anderen werktätigen und demokratischen

Schichten unseres Volkes zusammenzuschließen. Das Zusammengehen von Gewerkschaftern mit den besten Repräsentanten des Geisteslebens im Kampf gegen die Notstandsgesetze beweist dies.

Die Durchsetzung der Alternativpolitik wird noch gehemmt durch antikommunistische Vorstellungen und Vorurteile.

Die Ergebnisse des Gewerkschaftstages der IG Metall und der anderen Gewerkschaftstage sind auch bedeutungsvoll für die Entwicklung in der SPD. Sie zeigen, daß die Gewerkschaften nicht bereit sind, den verhängnisvollen Kurs solcher SPD-Führer wie Wehner, Erler und Helmut Schmidt zu steuern. Der Ausgang der Wahlen wird viele sozialdemokratische Gewerkschafter von der Notwendigkeit überzeugen, auch in den Reihen der SPD für eine Politik einzutreten, die den gewerkschaftlichen Forderungen entspricht.

Gegen Atomrüstung — für friedliche Koexistenz

Auf ihrem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag hat die IG Metall eindeutig die Position des Friedens und der friedlichen Koexistenz bezogen. Zugleich vertritt die IG Metall die Auffassung, daß derjenige, der den Frieden will, für eine Änderung der Politik in der Bundesrepublik eintreten muß, weil in ihr die Störenfriede und die Kräfte wirken, die sich einer internationalen Entspannung widersetzen. Zu den Äußerungen Adenauers und Strauß', daß die Bundesrepublik die Verfügungsgewalt über Atomwaffen erlangen müsse, er-

klärte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Wöhrl:

Zum ersten Male seit dem Zusammenbruch des 3. Reiches und seit dem Entstehen der Bundesrepublik hat der deutsche Nationalismus, der uns mehr als einmal in die Katastrophe führte, hier offen Haupt und Stimme erhoben. Der Ruf nach Atomwaffen verbarg sich bisher hinter allerlei Ausreden und Ausflüchten. Heute fordert die politische Rechte, was sie gestern noch als Verleumdung ihrer angeblich redlichen Absichten bezeichnet hat.

Die Gewerkschaften können derart schwerwiegende Erklärungen nam-

hafter Politiker nicht übersehen. Wir werden die Windrichtung, aus der sich neue Führer ankündigen, genau beobachten müssen! Wer im deutschen Volke nationalistische Leidenschaften aufzuleiten versucht, der stellt die Existenz der Demokratie in Frage. Wer den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen rückgängig machen will, der verhindert eine international kontrollierte Ausrüstung und beschwört eine Katastrophe herauf."

Auf dem 7. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier wurde ebenfalls die Atomrüstung der Bundeswehr abgelehnt. Er verurteilte "aufs schärfste die Bestrebungen der Bundesregierung und der ihr unterstellten Militärs, an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen teilzuhaben". Ebenso wie auf dem Gewerkschaftstag Metall wurden auch hier die Bestrebungen, an der Ostgrenze der Bundesrepublik einen Atomminengürtel anzulegen, abgelehnt. Auf beiden Gewerkschaftstagen wurde es als unbedingt notwendig bezeichnet, daß verstärkte Anstrengungen im Kampf

gegen die atomare Gefahr und für eine Politik der Entspannung, des Friedens und der Einstellung des Wettrüstens in der Welt unternommen werden. Die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Post haben zudem noch beschlossen, nach wie vor den 1. September als Antikriegstag mit Veranstaltungen zu begehen.

Die Gewerkschaften haben auch Bestrebungen der Bundesregierung entlarvt, im Ergebnis der Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung den Rentenversicherungsträgern an Stelle von Bargeld Zwangsanleihen aufzuzwingen. Der 7. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier stellte fest, daß dies fatal an die Machenschaften der Nazizeit erinnere. Die IG Metall kommt zu dem Ergebnis, daß der raffinierte Trick der Bundesregierung eine Parallele zu den Reichsschuldforderungen hat, die in Höhe von 15 Mrd. RM zur Deckung des Reichshaushaltes zwangsläufig aufgelegt und nie wieder eingelöst wurden. Durch solche Machenschaften wird die Währung im höchsten Maße gefährdet.

Die Notstandsgesetze verhindern

Von besonderer Bedeutung ist die vom Gewerkschaftstag der IG Metall sowie auch von den anderen Gewerkschaften bekräftigte Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung, vor allem der Notstandsverfassung. Die Gewerkschaften wenden sich besonders gegen eine allgemeine Dienstverpflichtung, deren Inhalt nichts anderes als Zwangarbeit ist. Die Gewerkschaften sind der Auffassung: Was gegenwärtig in der Bundesrepublik not tut, ist nicht ein Abbau der demokratischen Rechte und Grundfreiheiten, sondern ihr Ausbau, der Kampf um die Verwirklichung des im Grundgesetz vorgesehenen demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Diesen gewerkschaftlichen Meinungsäußerungen kommt für die Fortsetzung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze große Bedeutung zu. Wenn die Notstandsgesetze entsprechend den gewerkschaftlichen Vorstellungen endgültig von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen, dann ist es erforderlich, diese Beschlüsse zum Ausgangspunkt vielfältiger ge-

werkschaftlicher Aktivitäten zu machen sowohl im vorparlamentarischen als auch im parlamentarischen Raum. Durch gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit, durch Kundgebungen und Demonstrationen, aber auch durch Einwirkung auf alle Abgeordneten – auch die der CDU/CSU – gilt es, dem gewerkschaftlichen Wollen Nachdruck zu verleihen. Die Zeitung „druck und papier“ vom 27. September 1965 ruft auf, allen Bundestagsabgeordneten auf die Finger zu sehen. Sie schreibt: „Führen wir Buch über die Entscheidungen unserer Abgeordneten, zwingen wir sie zur Konfrontation mit ihren Wählern.“

Die Gewerkschaften wandten sich gegen die Aushöhlung der Demokratie wie sie auch in den Praktiken der politischen Strafjustiz zum Ausdruck kommt. Diese rufen in zunehmendem Maße in der Bundesrepublik Rechtsunsicherheit hervor, die im Widerspruch zum Geist des Grundgesetzes steht. Eine Gefahr für die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaft ergibt sich aus der Rechtsprechung der

Arbeitsgerichte. Diese ergreifen zunehmend Partei für die Unternehmer. So maß sich das Bundesarbeitsgericht an, das verfassungsrechtlich anerkannte Streikrecht als unerwünscht

Für echte Mitbestimmung

Immer mehr wird der Ausbau und die Ausdehnung der Mitbestimmung zu einem zentralen gewerkschaftlichen Kampfproblem. Die Arbeiterklasse meldet ihren Anspruch an, Einfluß auf die Gestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in der Bundesrepublik zu nehmen. 1965 und 1966 werden Jahre sein, in denen die Gewerkschaften ihre Bemühungen verstärken, die Mitbestimmungsforderungen zu verwirklichen. Dies wird nur möglich sein, wenn in der Arbeiterklasse eine umfassende Diskussion geführt und ein entsprechendes Mitbestimmungsbewußtsein geschaffen wird.

Erstmalig wurde auf einem Gewerkschaftstag in der Bundesrepublik so umfassend die Notwendigkeit einer vorausschauenden, die Zukunft gestaltenden Planung begründet, wie auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall. Zwei Grundsätze sind nach Otto Brenner bei der Planung zu beachten: Erstens die unmittelbare Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung und zweitens die unbedingte Aufrechterhaltung der Tarifautonomie. Über beide Grundsätze wird die Gewerkschaft nicht mit sich handeln lassen.

Welter aktive Lohnpolitik

Eine große Rolle spielte auf den Gewerkschaftstagen das Problem einer aktiven Lohnpolitik. Die IG Metall hat das Ziel, die weitestgehende Tarifierung der betrieblichen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen über eine betriebsnahe Tarifpolitik durchzusetzen. In der Regel bedeutet das, durch Öffnungsklauseln in den bezirklichen Tarifverträgen auf betrieblicher Ebene Zusatztarifverträge abzuschließen. Firmentarifverträge sollen nur dort angewandt werden, wo kein regionaler Tarifvertrag besteht.

Auf dem Gewerkschaftstag Druck und Papier wurde eine Grundfrage der aktiven Lohnpolitik ausführlich diskutiert. Es handelt sich um die Einbeziehung der Mitgliedschaft in die

zu bezeichnen. Otto Brenner erklärte: „Wer uns das Streikrecht nehmen will — sei es offen oder versteckt, im Wege der allmählichen Einschränkung —, ist ein Sozialreaktionär.“

Viele Probleme wurden auf den Gewerkschaftstagen behandelt, von der Sozial- und Bildungspolitik bis zu den brennenden Fragen der „großen Politik“. Besonders hervorzuheben ist der Beschuß der IG Bergbau und Energie, daß im Interesse der Bergarbeiter und des Bergbaus die Neuordnung der Bergbau- und Energiewirtschaft mit dem Ziel der Überführung in Gemeineigentum notwendig ist.

Die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum ist für die weitere demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Auch in dieser Frage ist es der Monopolbourgeoisie gelungen, Verwirrung in die Arbeiterklasse zu tragen. Wir Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschafter müssen vor der Arbeiterklasse und dem gesamten Volk überzeugend nachweisen, wie die Einschränkung der Verfügungsgewalt der Monopolherren über die Produktionsmittel nicht nur zur Sicherung von Frieden und Demokratie beiträgt, sondern wie sie es auch ermöglicht, die wirtschaftliche Entwicklung so zu gestalten, daß eine optimale Verbesserung der Lebenslage eines jeden Arbeiters erreicht wird.

Lohnpolitik

Lohnbewegung. Nur wenn die Mitgliedschaft stets beteiligt ist bei der Aufstellung der Forderung bis zum Abschluß, ist die volle Mobilisierung der Gewerkschaft möglich. Eine aktive Lohnpolitik erfordert aber, stets die Kampfkraft der gesamten Organisationen einzusetzen, weil nur so die Unternehmer gezwungen werden können, die gewerkschaftlichen Forderungen voll zu erfüllen. Aktive Lohnpolitik beinhaltet also höhere Löhne und die aktive Teilnahme der Mitgliedschaft an ihrer Gestaltung. Für die Stärkung der Organisation, für die Erhöhung ihrer Anziehungskraft ist gerade die Art und Weise, wie ein Lohnabschluß zustandekommt, von ausschlaggebender Bedeutung.

Antikommunistische Vorurteile gegenüber der DDR

Während die IG Metall, IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Post zu den ökonomischen und politischen Vorgängen in der Bundesrepublik, mehr oder weniger ausgeprägt, einen klassenmäßigen Standpunkt beziehen, ist ihre Haltung zur DDR nach wie vor von antikommunistischen Auffassungen bestimmt.

Die Auffassungen der beiden Vorsitzenden der IG Metall, Brenner und Wöhre zeugen nicht davon, daß sie über die Entwicklung in der DDR, über die Rechte der Arbeiterschaft, über die neuen Formen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und

über die sozialistische Demokratie informiert sind.

Es wird immer offensichtlicher, wie notwendig es ist, die durch die von den Monopolen über die von ihr beherrschten Publikationsorgane gesteuerte Verleumdung und Desinformation über die DDR zu überwinden. Dazu ist es erforderlich, daß die Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften sich ein eigenes, objektives Urteil bilden.

Wir Kommunisten sehen es als eine unserer vornehmsten Aufgaben an, den westdeutschen Gewerkschaften die Wahrheit über die DDR zu vermitteln.

Ansätze für eigene Initiative in

Trotz der antikommunistischen Auffassungen, die in der IG Metall und auch in anderen Gewerkschaften noch vorhanden ist, werden auch dort Bemühungen sichtbar, neue Wege zu gehen. Die vorliegenden Anträge, die Verbindungen und Kontakte zur DDR und zu anderen sozialistischen Ländern fordern, wurden auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall und der IG Druck und Papier nicht abgelehnt, sondern dem Vorstand als Material überwiesen. Es ist auch zweifellos ein Fortschritt, wenn es in der Entschließung XIII heißt, „daß die Wiedervereinigung nur auf friedlichem Wege im Zuge einer weltweiten Entspannung erreicht werden kann“. Der Antrag 26 des Gewerkschaftstages der IG Metall, der nach Meinung der Antragskommission wertvolle Anregungen für die Verbesserung der menschlichen Beziehungen enthält, tritt ein.

1. für die Aufnahme von Kontakten und Verbindungen mit Mittel- und Osteuropa,
2. für den Abbau der Voreingenommenheiten und Vorbehalte, die oft den Kontakt aufnahmen von Mensch zu Mensch und zu den Organen Mittel- und Osteuropas entgegenstehen und fordert
3. den Bundesvorstand des DGB auf, dahin zu wirken, „daß im Rahmen internationaler Aufgaben Gespräche und Kontakte mit den Menschen und Organen der Länder

der Deutschland- und Ostpolitik

Mittel- und Osteuropas aufgenommen werden“.

Große Bedeutung kommt auch der Reise des Vorsitzenden der Gewerkschaft OTV, Klunker, in die CSSR zu, sowie seiner angekündigten Reise in die Sowjetunion und andere sozialistische Länder.

Auch auf dem Gewerkschaftstag Druck und Papier wurde ein Antrag, der Kontakte mit dem FDGB forderte, entgegen der Empfehlung der Antragskommission mit überwiegender Mehrheit, dem Vorstand als Material überwiesen. Die Diskussion auf beiden Gewerkschaftstagen machte deutlich, daß angesichts der gescheiterten Deutschlandpolitik der Bundesregierung die Delegierten ernsthafte Überlegungen anstellten, um aus dem Stadium politischer Deklamationen herauszukommen und erste gangbare Schritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung zu tun. Der erste Schritt, den sie hierbei gehen wollen, besteht darin, sich ein eigenes, nichtmanipuliertes Urteil über die Verhältnisse in den sozialistischen Ländern zu bilden.

Der 8. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hat mit seinen Entschließungen ein politisches und gewerkschaftliches Programm angenommen, das eine Alternative zum aggressiven Regierungskurs bildet. Der 7. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der außerordentliche Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie sowie der 8. Kongreß der Deutschen

Postgewerkschaft haben diese Linie bestätigt und ergänzt. Es kommt jetzt darauf an, daß die Beschlüsse in den Gewerkschaftsorganisationen und in den Betrieben mit Leben erfüllt werden, daß sie der gesamten Arbeiterklasse bekanntgemacht und erläutert, und daß sie vor allem verwirklicht werden.

Schon jetzt, wenige Wochen nach den Bundestagswahlen ist es klar, daß die neue Regierung ein reaktionäres, gegen die Arbeiterklasse, gegen die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Forderungen gerichtetes Programm haben wird.

Atomrüstung, Notstandsgesetze und Sozialreaktion sind die Ziele der herrschenden Kreise.

Die Arbeiter und Gewerkschaften können diesen Bestrebungen nur dann Paroli bieten, wenn sie ihnen entschlossen entgegentreten. Die KPD unterstützt vorbehaltlos den Kampf der Gewerkschaften für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit. Aufgabe eines jeden Kommunisten, einer jeden Parteileitung und einer jeden Parteiorganisation — vor allem unserer Betriebsgruppen — ist es, aktiv mitzuhelpen, die Arbeiter für die Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen und Interessen zu mobilisieren.

Die Demokratie erfordert: Legalität für die KPD!

von MAX SCHÄFER

Der neunte Jahrestag des Verbotes unserer Partei ist wiederum zu einem Höhepunkt des Kampfes für die Aufhebung des KPD-Verbotes geworden. Während Höcherl extra einen Bericht über „Kommunistische Wühlarbeit“ zusammenzimmern ließ, um vor der „offenen Arbeit“ der Kommunisten zu warnen und das Verbot zu rechtfertigen, stellte selbst das Springer-Blatt

„Welt am Sonntag“ am 1. 8. 65 fest, daß man sich nach den Wahlen ernsthaft mit der Aufhebung des Parteiverbots beschäftigen müsse. Das Springer-Blatt steht gewiß über jedem Verdacht, Sympathien für Kommunisten zu hegen. Seine Feststellung ist ein Ausdruck der zunehmenden Bewegung im In- und Ausland für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der KPD.



Die Gewährleistung der verfassungsmäßigen Rechte auch für die Kommunisten ist zum Gradmesser dafür geworden, in welchem Ausmaß die im Grundgesetz enthaltenen Grundrechte der Bürger gesichert sind. Der für den „Verfassungsschutz“ zuständige Innenminister hat dies — gewiß unfreiwillig — in seinem „Bericht über kommunistische Wühlarbeit“ bestätigt. Nach diesem Bericht waren im Jahre 1964 9289 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren (in einem derartigen Verfahren sind meistens mehrere Personen verwickelt) anhängig. Die Zahlen über die polizeilichen Ermittlungsverfahren wurden 1958 das letzte Mal mit fast 14 000 veröffentlicht. Seither sind sie geheim. Offenbar fürchten die in Bonn herrschenden Kräfte, daß die Öffentlichkeit aus diesen Zahlen ersieht, welches erschreckende Ausmaß die Entwicklung zum Polizeistaat bereits an-

genommen hat. Die Grundlage dafür ist das KPD-Verbot und die politische Strafjustiz, die alle Merkmale einer Gesinnungsjustiz trägt. So schreibt der Oberlandesgerichtspräsident L. R. Richard Schmid am 17. 9. 1965 in der „Zeit“:

„... Das Bundesverfassungsgericht hat, wie ich annehme, nicht erkannt, was für ein Rattenschwanz von Strafprozessen gegen kleine Leute wegen belangloser Vorgänger aus seiner Verbotsentscheidung entsehen wird ...“

Es gibt kein westliches demokratisches Land, in dem auch nur annähernd ähnliches vonstatten geht. Manchmal könnte man zweifeln, ob die Bundesrepublik zu diesen Ländern gehört.

Und was die Meinungsfreiheit betrifft, so gibt es leider — im Gegen-

satz zu der platonischen Verbeugung vor ihr im Urteil vom 9. Juli — eine Praxis, die wesentlich weniger liberal ist. Mehrfach hat der Bundesgerichtshof (in Eröffnungsbeschlüssen und Urteilen) aus der Tatsache, daß einer die Meinungen der KPD—SED oder deren Parolen vertritt, geschlossen, daß er sie fördere oder unterstütze. Allein die negative Beurteilung der Bundesrepublik hat dazu schon herhalten müssen (Eröffnungsbeschuß vom 21. Januar 1965).

In der Regel handelt es sich immer um Meinungen, die mit Kommunismus selbst nichts zu tun haben . . .")

Die Verfolgung politischer Meinungen — das ist die Praxis, die der Einschüchterung jeder Opposition gegen die Bonner Rüstungspolitik dient. Diese verfassungswidrige Praxis zu beenden erfordert daher eine politische

Die Scharfmacher in Bonn, die am KPD-Verbot festhalten wollen, erklären, die KPD sei vom Bundesverfassungsgericht verboten worden, weil sie verfassungswidrig sei, und daran habe sich nichts geändert. Das Verbot könne aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht aufgehoben werden.

Nun, heute wird von Politikern und Publizisten offen festgestellt, daß der Antrag auf das Verbot der KPD von der damaligen Bundesregierung nicht gestellt wurde um das Grundgesetz zu schützen, sondern um die Aufrüstung und die Aufstellung der Bundeswehr zu sichern.

Was aber die Stellung zum Grundgesetz anbelangt, so hatte die KPD zwar abgelehnt das Grundgesetz zu unterschreiben, weil Deutschland mit der Bildung der Bundesrepublik staatlich gespalten wurde. Aber gleichzeitig hat die KPD bei den Beratungen im Parlamentarischen Rat mitgearbeitet, um dem Grundgesetz einen möglichst demokratischen Charakter zu geben. Sie hat die Grundrechte der Bürger verteidigt und als ersichtlich wurde, daß infolge der Politik der Bundesregierung die Spaltung Deutschlands für lange Zeit eine politische Realität ist, sich voll auf den Boden des Grundge-

Amnestie, die Aufhebung des KPD-Verbots und die Beseitigung solcher politischen Strafbestimmungen, welche die Handhabe für die politische Gesinnungsjustiz bilden. Nur so kann das in politischen Prozessen (allein 1964 gab es 300 solcher Prozesse) verhängte Unrecht, Gefängnis und Nebenstrafen, das Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter, die Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes, können Berufsverbote, Entzug des Führerscheins und andere Diskriminierungen rückgängig gemacht werden. So werden die bestehenden hunderte von Haftbefehlen gegen Vertreter einer kommunistischen Gesinnung aufgehoben. Nur so wird der Zustand beseitigt, daß einerseits heuchlerisch über die Verbesserung menschlicher Kontakte zwischen den Deutschen von seiten der Herrschenden in Bonn gesprochen wird, andererseits Menschen, die solche Kontakte herstellen, verfolgt und verurteilt werden.

★

★

setzes gestellt und es gegen alle Anschläge verteidigt.

Dagegen hat die Bundesregierung nie großen Respekt vor diesem Grundgesetz gehabt. Dringende Verfassungsaufträge, wie ein Gesetz zum Schutze des Friedens zu beschließen, wurden zwar zunächst in Angriff genommen, dann aber nicht ausgeführt. Es ist eindeutig weshalb. Aber um den Rüstungskurs zu ermöglichen, wurden zahlreiche Änderungen des Grundgesetzes vorgenommen, so die sogenannten Wehrergänzungen im März 1965.

Die Bundesregierung mußte sich in zahlreichen Fällen sogar vom Bundesverfassungsgericht grundgesetzwidrige Verhalten bescheinigen lassen. Der schwerwiegendste Angriff auf das Grundgesetz sind ohne Zweifel die sogenannten Notstandsgesetze. Über die sieben einfachen Notstandsgesetze, die bereits in Kraft getreten sind, sagte z. B. im Auftrage der hessischen Landesregierung Arbeitsminister Hemsath:

„ . . . In der vorliegenden Form durchbrechen die Gesetze das Rechtsstaatsprinzip.

Wir halten deswegen die vorliegenden Notstandsgesetze mit unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen

Demokratie für unvereinbar. Die Sicherstellungsgesetze halten wir für verfassungswidrig. Sie sind reine Ermächtigungsgesetze, die der Exekutive außergewöhnliche Vollmachten schon in Friedenszeiten geben.“¹⁾

Die Scharfmacher in der CDU/CSU halten jetzt die Zeit für gekommen und fühlen sich hierbei durch das Wahlergebnis bestätigt, in der sie ganz offen aussprechen können, daß es ihnen darum geht, das Grundgesetz selbst in seinem demokratischen Wesensgehalt zu beseitigen.

So schreibt Adenauer in der September-Ausgabe der CDU-Zeitschrift „Die politische Meinung“:

„... aber es gibt Mängel in unserer Verfassungsstruktur, in unserem Sozialrechtssystem und in unserem Parlamentswesen, die behoben werden müssen, wenn nicht gewisse folgenschwere Notstände im einzelnen eintreten sollen.“²⁾

Am deutlichsten bringt das Mitglied des Wahlrechtsausschusses der CDU, Prof. Unkelbach, die Meinung Adenauers, Strauß' und der anderen Scharfmacher zum Ausdruck. Unkelbach fordert: „Die Reform unserer Verfassung und Änderung des Wahlrechts.“

Beim Wahlrecht spricht er von zwei Möglichkeiten:

1. die Verbindung des Mehrheitswahlrechtes mit einer Liste, so daß jede Partei in der Regel soviel Listenmandate erhält, wie sie Mandate in den Wahlkreisen gewonnen hat.
2. ein Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen, wie es vor 1914 in Deutschland und bis heute in Frankreich praktiziert wird.“³⁾

Nach Unkelbachs erster Möglichkeit wäre z. B. die Zusammensetzung des Bundestages im Ergebnis der Wahl vom 17. 9. 1965

¹⁾ „Gewerkschaftliche Monatshefte“, September 1963, Seite 554.

²⁾ aus „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. August 1965.

³⁾ aus „Handelsblatt“ vom 6. September 1965.

⁴⁾ „Handelsblatt“ vom 6. September 1965.

⁵⁾ „Der totale Notstandstaat“, Seite 57. Stimme-Verlag, Frankfurt (Main).

CDU/CSU 308 statt jetzt 245 Mand.

SPD 188 statt jetzt 202 Mand.

FDP keine statt jetzt 49 Mand.

Weiter soll die Wahlperiode des Bundestages von vier auf fünf Jahre verlängert werden.

Unkelbach fordert: „Verankerung der Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft in die Verfassung“ und „Verabschließung einer wirksamen Notstandsverfassung“⁴⁾

Mit anderen Worten, vom Grundgesetz in seiner jetzigen Gestalt bliebe nichts mehr übrig. Aus dem „sozialen und demokratischen Rechtsstaat“, wie ihn das Grundgesetz fordert, würde die verfassungsmäßige Verankerung der Herrschaft der 94 Monopol- und Bankherren und die Verurteilung der im Grundsatzprogramm des DGB enthaltenen Arbeiterforderungen als „verfassungswidrig“. Und aus der „demokratischen Grundordnung“ des Grundgesetzes würde die Notstandsdiktatur. Mit Recht sagt Rechtsanwalt Hannover zu den Notstandsgesetzen in ihrer Gesamtheit:

„Die Entwürfe der Bundesregierung zur Notstandsgesetzgebung..., konzipieren einen gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung qualitativ andersartigen Staat und nicht nur — wie die Befürworter dieser Gesetze glauben machen wollen — eine vorübergehende Regelung für einen in seinen tatsächlichen Voraussetzungen äußerst fragwürdigen „Notstandsfall“, Permanenz und Totalität des sogenannten Notstandes sichern zugleich die Permanenz und Totalität der Abschaffung der Demokratie. Der Notstandsfall, vor dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit geschützt werden muß, ist der von der Bundesregierung konzipierte totale Notstandstaat!“⁵⁾

Von der CDU/CSU geht eine tödliche Gefahr für das Grundgesetz, für die demokratischen Rechte des Volkes und für den Frieden aus, denn alle diese Maßnahmen sollen der Vorbereitung des Revanchekrieges dienen.

Die KPD dagegen steht in den Reihen derjenigen, die für Frieden und Demokratie, für den Schutz des

Grundgesetzes eintreten. Das Verbot der KPD, die politische Gesinnungsjustiz und die Militarisierungsgesetze standen am Beginn der Entwicklung, die zu der jetzigen gefährlichen Lage geführt hat. Darum müssen sie beseitigt werden.

Die Kräfte, die für Frieden und Demokratie eintreten, sind jedoch stark genug, die Lage zum Guten zu wenden. Zu diesen Kräften gehören die Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten, die besten Vertreter der Intelligenz, Menschen aller Bevölkerungsschichten. Auch die Wähler der CDU/CSU gehören nicht zu

den Scharfmachern, auf deren nationalistische Hetze und auf deren Lügen über Sicherheit sie hereinfielen. Sie können ebenfalls für die Sache des Friedens und der Demokratie gewonnen werden.

Die Scharfmacher zu zügeln, erfordert den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte. Ein notwendiger Faktor dieses Zusammenschlusses sind die Kommunisten. Eine politische Amnestie und die Aufhebung des KPD-Verbotes sind zu einem dringenden Erfordernis für die friedliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik geworden.

Das Grundgesetz verteidigen — die Notstandsdiktatur verhindern

von KURT RICHTER

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat deutlich gemacht: Im Kampf gegen die Notstandsgesetze, für die Verteidigung der Verfassung und der demokratischen Rechte und Freiheiten kommt es jetzt mehr denn je darauf an, auch auf den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung mit dem Druck einer Massenbewegung aller Notstandsgegner einzuwirken. Diese Kraft war es auch, die in der vergangenen Legislaturperiode die Annahme der Notstandsverfassung, des Erhard-schen Ermächtigungsgesetzes, verhinderte. Gegen den Willen breiter Kreise der Bevölkerung wurden dagegen das Zivilschutzkorpsgesetz und die vier „Sicherstellungsgesetze“ für Wirtschaft, Ernährung, Verkehr und Wasser im 4. Bundestag beschlossen und bereits formell in Kraft gesetzt. Notstandsgesetze, die, wie die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler nachwies, „einen substantiellen Teil der verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft setzen“¹⁾ und bereits in Friedenszeiten jeden einzelnen Bürger, die gesamte Wirtschaft und das öffentliche Leben „militärischen Erfordernissen“²⁾ unterord-

nen sollen. Verabschiedet wurden im 4. Bundestag weiter die sogenannten Luftschutzgesetze, das „Selbstschutzgesetz“ und das „Schutzbaugesetz“, die ab 1. 1. 1966 in Kraft treten sollen. Danach soll jeder Bürger auf eigene Kosten sinnlose Luftschutzgeräte anschaffen, durch höhere Mieten den Bau von Luftschutzkellern finanzieren und in seiner Freizeit an Luftschutzbürgern teilnehmen. Einhandeln würde die Bevölkerung dafür nichts anderes als die Illusion, sich bei einer atomaren Katastrophe — die offensichtlich bei der politischen Konzeption der Regierenden in Bonn mit eingeplant ist — wirksam schützen zu können. Jetzt, im 5. Bundestag, soll das Kernstück der Bonner Notstandsplanung, die „Notstandsverfassung“ selbst, die die gesamte Verfassung aus den Angeln heben soll, und das wichtigste Einzelgesetz, das berüchtigte Zwangsarbeitsgesetz, das „Zivildienstgesetz“ verabschiedet werden.

Die Angriffe der Unternehmerverbände und der Erhard-Regierung gegen die Gewerkschaften, die massiven Forderungen nach Lohnstopp und Einnengung der Mitbestimmung machten erneut deutlich, gegen wen die Notstandsermächtigungen in erster Linie gedacht sind. Darauf wies auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Hermann Beermann, am 26. 9. 65 in West-

¹⁾ „Der permanente Notstand“, Memorandum der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Göttingen 1963.

²⁾ Hassel in der Notstandsdebatte vom 24. Juni 1965 im Bundestag — abgedruckt im Bulletin der Bundesregierung vom 26. Juni 1965.

berlin bei der Eröffnung des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier hin, indem er erklärte: „Diese Forderungen, ausgesprochen von unseren sogenannten Sozialpartnern, lassen erkennen, daß man den lästigen Bewahrer und Hüter demokratischer Rechte und Freiheiten an Ketten legen will.“ Und der alte und neue Kanzler Erhard selbst war es, der

Notstandsgesetze sind

Während des Wahlkampfes versuchten die Befürworter der Notstandsgesetze erneut, der Bevölkerung einzureden, diese Gesetze dienten der notwendigen Vorsorge für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung. Aber Verteidigungsminister Hassel ließ bei der Notstandsdebatte am 24. 6. 65 im Bundestag die Katze aus dem Sack und sagte klipp und klar, um was es in Wirklichkeit dabei geht: nämlich um die Schaffung einer innenpolitischen Ordnung für die totale Atomkriegsplanung und Atomkriegsvorbereitung. Hassel forderte erneut die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und betonte, daß diese „ihren Kampfauftrag nur erfüllen kann“, wenn ihr die Notstandsgesetze „den Rücken freihalten“³⁾. Damit unterstützte Hassel die Forderungen seiner Generale, die eine beschleunigte Verabschiedung der Notstandsgesetze verlangten. So der Inspekteur des Bonner NATO-Heeres, Ulrich de Maizière, der erklärte: „Der nächste wichtige Schritt ist die Verabschiedung der Notstandsverfassung und der einfachen Notstandsgesetze. Ohne sie bleibt jede Arbeit Stückwerk“. Er unterstrich, daß dies „ohne Veränderung der Kompetenzverteilung von Bund, Ländern und Gemeinden und ohne staatliche Eingriffe in das Privatleben des Einzelnen nicht denkbar ist; ja, es müssen sogar die im Grundgesetz festgelegten Grund-

auf Wahlkundgebungen in Duisburg-Hamborn und in Bremen erklärte, daß nach den Wahlen geprüft werden müßte, ob die Forderungen der Gewerkschaften und insbesondere der IG Metall auf Erweiterung der Mitbestimmung, nach Verhinderung der Notstandsgesetze und Verzicht auf Atomwaffen nicht gegen das Grundgesetz verstößen.

Kriegsvorbereitung

rechte eingeschränkt oder aufgehoben werden. Das betrifft u. a. das Grundrecht der Freizügigkeit, des Schutzes des Eigentums, der Unverletzlichkeit der Wohnung und der freien Meinungsäußerung ...“⁴⁾.

So wird erkennbar: Notstandsgesetze und das Streben nach Atomwaffen sind zusammenhängende Bestandteile einer aggressiven militaristischen Konzeption der herrschenden Kreise in Bonn. Mit Recht hat deshalb auch der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, am 7. September auf dem 8. Gewerkschaftstag seiner IG in Bremen zum Vorwurf, die Ablehnung der Notstandsgesetze würde unsere Sicherheit gefährden, erklärt: „Ich möchte fragen, wer schadet wohl mehr unserer Sicherheit? Diejenigen, die eine konkrete Politik des Friedens fordern, um Kriege zu verhindern, oder diejenigen, die es noch immer nicht aufgeben wollen, die Bundesrepublik als atomare Großmacht zu sehen.“

Die Notstandsgesetzgebung und ihre antidemokratische und friedensgefährdende Zielsetzung ist nicht etwa nur das Werk einiger besessener Politiker und Militärs. Die Gefahr der Notstandsdiktatur entspringt unmittelbar den Herrschaftsbedingungen der großen Monopole und ihrem Streben, die innenpolitischen Voraussetzungen für ihre aggressive außenpolitische Zielsetzung zu schaffen.

Das Verteidigungsgesetz der DDR

Die Initiatoren der Notstandsgesetzgebung versuchen jetzt ihre Pläne, Kriegsrecht bereits in Friedenszeiten zu schaffen, mit der Behauptung zu rechtfertigen, auch in der DDR gäbe es

³⁾ Hassel, a. a. O.

⁴⁾ „Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung“ in „Schriftenreihe „Truppe und Verwaltung“, Heft 10.

ein Notstandsrecht. Die DDR hat 1961 ein Verteidigungsgesetz geschaffen und 1963, als der von der Bundesregierung geführte Krieg gegen die DDR einen Höhepunkt erreichte, die Ausführungsbestimmungen dazu erlassen. Dieses Gesetz ist eindeutig auf die Situation eines Überfalls auf die DDR oder auf einen mit der DDR verbündeten

ten Staat abgestellt. Diese Beschränkung steht im engsten Zusammenhang mit der Tatsache, daß die DDR eine konsequente Friedenspolitik verfolgt. Unter der Arbeiter- und Bauern-Macht herrscht eine tiefgreifende Übereinstimmung zwischen der Friedenspolitik der Regierung und dem Friedenswillen des Volkes. In weit über 100 Vorschlägen für Entspannung, Abrüstung und Verständigung hat sich die Regierung der DDR bemüht, alle strittigen Fragen durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zu lösen. Die DDR stellt keinerlei Gebietsforderungen, sie erkennt die Grenzen der Bundesrepublik und aller europäischen Staaten an, sie fordert keine Atomwaffen. Wer kann es der DDR verdenken, daß sie gegen die offen verkündeten Aggressionspläne Bonns mit Hilfe eines Verteidigungsgesetzes Vorsorge trifft und Schutzmaßnahmen organisiert?

Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen steht das Gesetz zum Schutze des Friedens, nach dem jede Kriegshetze gegen einen anderen Staat bestraft

Irreführende Behauptungen

Nach wie vor versuchen die Notstandsplaner, der Bevölkerung einzureden, eine Notstandsgesetzgebung wäre für die Ablösung der alliierten Vorbehaltstrechte notwendig und sie diene dem Ausbau der Souveränitätsrechte der Bundesrepublik. Aber was haben eigentlich Gesetze, die uns vorschreiben, unseren Kindern Erkennungsmarken umzuhängen, Ermächtigungsbestimmungen für Dienstverpflichtungen und Zwangarbeit, Eingriffsrechte in unser Eigentum und die anderen Zwangs- und Unterdrückungsbestimmungen der Notstandsgesetze mit den Vorbehaltstrechten der Alliierten zum Schutz ihrer Streitkräfte und ihrer Ablösung zu tun? Wir Kommunisten sind für die volle Souveränität der Bundesrepublik eingetreten. Das aber erfordert in erster Linie Befreiung von den Bestimmungen des sogenannten Deutschlandvertrages, in denen die Bundesregierung den Westmächten das Recht zugesteht, über alle

¹⁾ Hannover, Der totale Notstandsstaat, in Broschüre über die 11. Arbeitstagung des Initiativ-Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen am 13. und 14. Juni 1964.

wird, womit der rein defensive Charakter des Verteidigungsgesetzes der DDR unterstrichen wird.

Was die bundesdeutschen Notstandsge setze betrifft, so hat der bekannte Experte Rechtsanwalt Hannover an Hand der Entwürfe detailliert aufgezeigt, daß mit ihrer Inkraftsetzung, d. h. nicht erst im Kriegsfalle, die Grundlage für die politische, wirtschaftliche und soziale Diktatur geschaffen würde¹⁾.

Sie können überhaupt nicht in Vergleich gesetzt werden zu den Schutzmaßnahmen der DDR für die Situation eines Überfalls, die in keiner Weise die fortschreitende Entfaltung der sozialistischen Demokratie berühren. Die Entwicklung der DDR verläuft in völlig entgegengesetzter Richtung als in der Bundesrepublik, nämlich zur ständigen Erweiterung der Rechte der Volksvertretungen und der Einbeziehung immer breiterer Kreise der Werktätigen in die Leitung des Staates und der Wirtschaft entsprechend der Lösung: Denke mit — arbeite mit — regiere mit!

Behauptungen

Fragen der Wiedervereinigung und der Lösung des Deutschlandproblems zu bestimmen. Um davon loszukommen, bedarf es keiner Grundgesetzänderung. Notwendig dazu ist eine Regierungspolitik, die eine friedliche Lösung der deutschen Frage anstrebt und die nationalen Interessen auch gegenüber den westlichen Alliierten durchsetzt.

Was aber die Eingriffsrechte der Alliierten nach Artikel 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages betrifft, die durch eine deutsche Notstandsregelung angeblich abgelöst werden sollen, so haben führende Staatsrechtler — wie Prof. Ridder und Prof. Abendroth — wiederholt erklärt, daß sie längst nicht mehr gültig sind. Dabei können sie sich sowohl auf entsprechende Erklärungen Adenauers vor dem Bundestag wie auf die juristischen Feststellungen von Prof. Grewe (früher Staatssekretär im Bonner Außenministerium) und Prof. Furler stützen. Der Artikel 5 Abs. 2 braucht also nicht mehr abgelöst zu werden, und wenn die Bundesregierung das dennoch behauptet, so ist das eine bewußte Täuschung des Volkes.

Gewerkschaften bleiben beim Nein

Wir haben allen Anlaß aufzupassen", erklärte deshalb auch das Vorstandsmitglied der IG Metall, Fritz Strothmann, am 25. September 1965 in Mühlheim, „daß uns nicht ein gleiches widerfahrt wie 1933. In dieser jungen Demokratie sind noch die Mörder unter uns, die ihre Axt an die Wurzeln der Demokratie legten, als sie Ihnen nicht mehr nützlich erschien.“ Jetzt kommt es also darauf an, daß die Gewerkschaften und alle Notstandsgegner, insbesondere aus den Kreisen der Wissenschaftler, in Stellungnahmen, Erklärungen und Aktionen zum Ausdruck bringen, daß sie auch in dieser Legislaturperiode nicht gewillt sind, die Notstandsgesetze hinzunehmen. Der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall in Bremen hat in einer Entschließung noch einmal ausdrücklich bekraftigt: „Die Gewerkschaften lehnen weiterhin konsequent jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt. Der Kongreß bekraftigt die mehrfach bekundete Entschlossenheit der Industriegewerkschaft Metall, die Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen. Er erinnert die Abgeordneten des neuen

Bundestages an ihre große demokratische Verantwortung und fordert sie auf, bestehende Notstandsbefugnisse der Exekutive abzubauen.“

Auch die Gewerkschaftstage der IG Druck und Papier und Bergbau und Energie haben im September 1965 in ihren Beschlüssen noch einmal die Verhinderung der Notstandsgesetze gefordert. Die Antinotstandsbeschlüsse der einzelnen Gewerkschaften und des 6. DGB-Kongresses sind jetzt die Grundlage, auf der Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Gewerkschafter in den Betrieben und Gewerkschaften sich zu Aussprachen und Aktionen zusammenfinden müssen. Über örtliche und betriebliche Maßnahmen sollte der Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung verstärkt und verbreitert werden. Dies ist auch der Weg zu größeren Aktionen, wie sie die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie in Oberhausen forderten, als sie in einem Beschuß den Hauptvorstand der Gewerkschaften ermächtigten, im Falle der Gefahr eines Angriffs auf die Demokratie ohne vorhergehende Urabstimmung einen Streik zu beschließen.

Gemeinsam handeln

Jetzt kommt es auch darauf an, daß die sozialdemokratischen Genossen und Wähler, die an ihre Stimmabgabe für die SPD die Hoffnung knüpften, eine künftige SPD-Fraktion werde im Bundestag für eine Beendigung des Notstandskurses eintreten, in diesem Sinne auf die Führungsgremien der SPD einwirken. Das ist umso notwendiger, weil die meisten Sozialdemokraten erkennen werden, wie gefährlich es wäre, den Erhard und Hassel, Strauß und Jaeger Notstandsgesetze zu bewilligen. Ohne die Zustimmung der SPD kann auch in diesem Bundestag die Notstandsverfassung nicht beschlossen werden.

Das Wahlergebnis hat bestätigt, daß große Teile der Bevölkerung nicht erkannt haben, was mit den Notstandsgesetzen auf sie zukommt. Wer legt sich schon freiwillig den Strick um den eigenen Hals? Um die noch sorglosen und unentschlossenen Teile der Be-

völkerung für die Bewegung gegen die Notstandsgesetze zu gewinnen, ist es erforderlich, noch beharrlicher und konkreter den Inhalt der Notstandsgesetze und ihre Auswirkungen auf das Leben und jedes einzelnen Bürgers darzulegen. Dazu sollten Forderungen wie die von Prof. Eugen Kogon nach Bildung von Wachsamkeitsausschüssen von Gewerkschaftlern und Wissenschaftlern, die die Bevölkerung über die durch die Notstandsgesetze entstehenden Gefahren aufklären, aufgegriffen und in den Gewerkschaften verwirklicht werden.

Der Kampf gegen die Verwirklichung der bereits beschlossenen verfassungsändernden Notstandsgesetze ist eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen die Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze. In dieser Richtung liegen die Erklärungen von fünf westfälischen Pfarrern und von den kirchlichen Bru-

derschaften Württembergs, die zum zivilen Ungehorsam gegen die Notstandsgesetze aufrufen. Ein weiteres Beispiel ist der Brief des Frankfurter Professors Werner Bartsch an den Bürgermeister der Gemeinde Lich in Oberhessen, in dem er erklärte: „Ich werde jeden Dienst in Selbstschutzeinheiten verweigern, keinen Vorrat an Lebensmitteln anschaffen und keinerlei Luftschutzmaterialien kaufen, weil die verabschiedeten Gesetze gegen die im Grundgesetz garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit verstößen.“⁴⁾

Die Zustimmung des Bundestages zu den bereits verabschiedeten Not-

standsgesetzen ändert nichts an der Tatsache, daß sie ihrem Inhalt und der Form der Verabschiedung nach eindeutig verfassungswidrig sind. Das hat auch der hessische sozialdemokratische Innenminister Hemsath am 16. 7. 1965 im Bundesrat ausdrücklich für die hessische Landesregierung festgestellt.⁵⁾

Die Verwirklichung dieser Gesetze zu verhindern, ist nicht nur verfassungsmäßiges Recht, sondern auch verfassungsmäßiges Gebot. Wenn sich die Bevölkerung einigt: Keinen Handschlag und keinen Pfennig für diese Gesetze, dann bleiben sie nutzloses Papier.

Die Verschärfung der Lage und der Kampf für friedliche Koexistenz

VON S. HAGEN

Amerikanische Interventionstruppen führen einen schmutzigen Kolonialkrieg gegen die Bevölkerung Südvietnams. Amerikanische Kriegsflugzeuge fliegen Bombenangriffe auf Städte und Dörfer der sozialistischen Demokratischen Republik Vietnam. In Indochina herrscht nicht friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Dort wächst aus einem zunächst noch lokalen Aggressionsherd die Gefahr eines atomaren Weltkonfliktes mit all seinen Folgen.

Ermuntert durch die amerikanische Aggression und Intervention, sind die Kriegsparteien der imperialistischen Staaten, die Rüstungskonzerne und Militaristen, aktiver geworden. Auch in der Bundesrepublik hat die Kriegspartei, die CDU/CSU, den aggressiven und reaktionären Kurs nach außen und innen verschärft.

Als Folge der aggressiven Politik des amerikanischen Imperialismus und des deutschen Revanchismus hat sich die derzeitige internationale Lage verschärft. Unter diesen Bedingungen ist es ganz verständlich, daß sich Kommunisten fragen, wie es heute

mit dem Kräfteverhältnis in der Welt und mit der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung steht.

Das sozialistische Weltsystem ist in der letzten Zeit ökonomisch so erstaunt, daß der Anteil von 14 sozialistischen Staaten an der industriellen Weltproduktion auf heute mehr als 36 Prozent angestiegen ist. Das Kolonialsystem, das noch im Jahre 1945 28,6 Prozent des Weltterritoriums mit 29,8 Prozent der Weltbevölkerung umfaßte, ist in diesem Jahr auf ein Territorium von 1,1 Prozent mit 4,5 Prozent der Bevölkerung zusammengeschmolzen. Die imperialistischen Machthaber müssen jetzt erleben, wie sich die kolonial befreiten Länder mehr und mehr vom kapitalistischen System lösen und in diesen Ländern die Tendenzen zunehmen, sich völlig der Einflußsphäre des Imperialismus zu entziehen. Ungeachtet einer Reihe von Schwierigkeiten wächst und verbreitert sich die kommunistische Weltbewegung. Heute existieren in 88 Ländern aller Kontinente kommunistische Parteien, die 46 Millionen Mitglieder vereinen. In einer Reihe kapitalistischer Länder wurden die kommunistischen Parteien zu einer der einflußreichsten Kräfte im gesellschaftlich-politischen Leben.

⁴⁾ „Frankfurter Rundschau“ vom 1. September 1965.

⁵⁾ Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 9, September 1965.

Das internationale Kräfteverhältnis entwickelt sich also weiter zugunsten des sozialistischen Weltsystems, der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen, der revolutionären kommunistischen und Arbeiterbewegung und der Friedensbewegung in allen Ländern. Demgegenüber wachsen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und die Bestrebungen, sich von der Hegemonie des USA-Imperialismus zu lösen, was zu einer weiteren Schwächung ihrer politischen, ökonomischen, vor allem aber militärischen Bündnisse führt.

Folglich ist die Verschärfung der internationalen Lage kein Ausdruck zunehmender Stärke des imperialistischen Systems, sondern vielmehr die Folge eines zunehmenden imperialistischen Expansionsdranges und das

Resultat der Versuche der reaktionären Kräfte der USA und der Bundesrepublik, auf dem Wege der Aggression und bewaffneter Interventionen ihre imperialistischen Macht-positionen zu halten und auszuweiten, ein weiteres Erstarken und die erfolgreiche Vorwärtsentwicklung der Kräfte des Sozialismus zu verhindern. Dieses Ziel wird mit der von Johnson begründeten neuen Doktrin vom „Universalismus“ verfolgt, nach der das Territorium aller kapitalistischen und nichtsozialistischen Staaten als eine „Zone amerikanischer Interessen“ angesehen wird. Entsprechend dieser Doktrin, die von den deutschen Imperialisten und Militaristen unterstützt wird, maßen sich die USA das Recht der Intervention überall dort an, wo die Völker um ihre nationale und soziale Befreiung ringen.

Verschärft internationale Lage erfordert verstärkten Kampf um friedliche Koexistenz

Als der amerikanischen Aggression in Vietnam und den Interventionen der imperialistischen Machthaber in asiatischen, afrikanischen und latein-amerikanischen Staaten sollten Kommunisten nicht schlussfolgern, daß möglicherweise die Zeit der Politik der friedlichen Koexistenz vorüber sei. Die Verschärfung der internationalen Lage rechtfertigt keineswegs die Behauptung mancher Leute, friedliche Koexistenz bedeute eine Einstellung des Kampfes gegen den Imperialismus. Die Verschärfung der internationalen Lage spricht nicht gegen, sondern für den Kampf um friedliche Koexistenz. Gerade diese Lage zwingt zu der Konsequenz, die Wachsamkeit und den Friedenskampf der Völker zu verstärken und verpflichtet zum entschiedenen gemeinsamen Kampf gegen imperialistische Gewaltpolitik, für die Sicherung des Weltfriedens und die nationale Unabhängigkeit, für die Verhinderung eines nuklearen Weltkrieges und den Triumph der friedlichen Koexistenz.

Friedliche Koexistenz — das sind Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie beinhalten den Verzicht auf Gewalt bei der Lösung strittiger Fragen. Sie bedeuten die Anerkennung der territo-

rialen Integrität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten sowie die Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil. Doch damit ist die Bedeutung der Politik der friedlichen Koexistenz noch nicht erschöpft.

Die Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Staaten schließt den Kampf für friedliche Koexistenz ein, umfaßt aber mehr als das. Die außenpolitische Generallinie der sozialistischen Staaten ist auf die Verteidigung der sozialistischen und kommunistischen Errungenschaften, die Sicherung der äußeren Bedingungen für einen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die Festigung der Einheit des sozialistischen Weltsystems und die Schaffung günstiger internationaler Bedingungen für die Verwirklichung der von den nationalen Befreiungsbewegungen und der internationalen Arbeiterklasse angestrebten historischen Veränderungen gerichtet.

Im Unterschied zu den imperialistischen Machtpolitikern ist für die Sowjetunion, sind für die Marxisten-Leninisten der Friede und auch die friedliche Koexistenz unteilbar. Eine Politik der friedlichen Koexistenz dient der Verteidigung der nationalen

Souveränität und der territorialen Unverletzlichkeit großer und kleiner Staaten. Sie muß ihre Anwendung nicht nur zwischen den Großmächten, sondern auch zwischen den großen und kleinen Staaten finden. Friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist für die sozialistischen Länder und die kommunistische Weltbewegung kein taktischer Schachzug, sondern ein Prinzip, für dessen Verwirklichung es zu kämpfen gilt, ob unter Bedingungen einer sich entspannenden oder einer sich verschärfenden Lage.

Es sei daran erinnert, daß Lenin die Idee von dem Nebeneinanderbestehen

Friedliche Koexistenz ist ständiger antiimperialistischer Kampf

Lenin sah in der friedlichen Koexistenz keinen automatischen, für ewige Zeiten gesicherten Zustand, sondern vielmehr einen ständigen antiimperialistischen Kampf. Sie ist eine besondere Form des Klassenkampfes zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System, der mit Mitteln und Methoden geführt wird, die die Anwendung von Gewalt ausschließen. Ihr Hauptstoß richtet sich gegen die zum Kriege drängenden Kräfte des Rüstungskapitals und des Militarismus. Ihre Durchsetzung vollzieht sich stets im Zusammenwirken der Politik des sozialistischen Weltsystems mit dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker und mit dem Ringen der Arbeiterklasse und der werktätigen Völker der kapitalistischen Länder für Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt.

Allein aus dieser Tatsache ergibt sich, daß sich das Bemühen um friedliche Koexistenz als ein Kampf darstellt, den die sozialistischen Staaten, die nationalen Befreiungsbewegungen, die Arbeiter- und Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern in Übereinstimmung mit und zum Nutzen für ihre nationalen, demokratischen und sozialen Interessen führen. Der Kampf für friedliche Koexistenz bedeutet also nicht Einstellung des Kampfes für die nationale und soziale Befreiung.

Für die Völker der sozialistischen Länder ist das Streben nach friedlicher Koexistenz nicht nur Klassenkampf zur Wahrnehmung ihrer außenpoliti-

eines oder mehrerer sozialistischen mit bürgerlichen oder vorbürgerlichen Staaten, in den Jahren des ersten Weltkrieges begründete und gerade in der Zeit des Bürger- und Interventionskrieges weiterentwickelte. Lenin hat das konsequente Streben nach friedlichem Nebeneinanderbestehen immer als die Alternative zum Krieg verstanden und wollte es auch so verstanden wissen. Daher hat die Sowjetunion, wie immer die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten auch waren, ob friedlich oder nichtfriedlich, nie aufgehört, für die Durchsetzung dieser Prinzipien zu kämpfen.

schen Interessen und zur Unterstützung der nach nationaler Befreiung und gesellschaftlichem Fortschritt drängenden Völker. Dieses Streben verlangt vor allem einen erfolgreichen ökonomischen Aufbau, die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, um so die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu beweisen. Die Erfolge des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion und des sozialistischen Aufbaus in den übrigen Staaten sind der entscheidende Beitrag zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses und besitzen einen bedeutenden Einfluß auf die werktätigen Massen der Welt.

Die Politik der friedlichen Koexistenz schließt eine wirksame Unterstützung der unterdrückten Völker im Kampf für ihre nationale Befreiung ein. Sie verteidigt die ökonomischen Interessen der jungen Nationalstaaten und gewährleistet Bedingungen für eine gleichberechtigte ökonomische Entwicklung und Zusammenarbeit, sie dient der Überwindung aller Arten von Diskriminierung in den internationalen Beziehungen. Sie ist auf die völlige Liquidation des Kolonialismus und des Neokolonialismus gerichtet.

Der Kampf um friedliche Koexistenz als eine besondere Form des antiimperialistischen Kampfes dient der Gewinnung der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder für eine erfolgreiche Verwirklichung ihrer demokratischen und sozialen Interessen. Sie trägt dazu bei, die aggressiven Kräfte

des Monopolkapitals zu zügeln, den antimonopolistischen Kampf der Arbeitersklasse und aller Volkskräfte zu entfalten und günstigere Bedingungen für friedliche demokratische Umgestaltungen zu schaffen.

Wenn sich die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auch nur im Zusammenwirken der sozialistischen Staaten mit den nationalen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterbewegung aller Länder durchsetzen kann, so ist dabei jedoch den sozialistischen Staaten eine besondere Verantwortung aufgetragen. Es ist daher nicht einerlei, in welcher Weise sie ihre Außenpolitik gestalten. Die Treue zum sozialisti-

schen Internationalismus und dem Prinzip der friedlichen Koexistenz erfordert, daß sich die konkreten außenpolitischen Schritte eines jeden sozialistischen Landes auf die marxistisch-leninistische Lehre, auf die richtige Bestimmung der Perspektiven der weiteren Entwicklung sowohl der Gesellschaft des eigenen Landes wie auch der ganzen Menschheit gründen. Die Treue zu den Prinzipien einer revolutionären Außenpolitik und den Prinzipien der friedlichen Koexistenz verlangen Festigkeit im Grundsätzlichen, aber notwendige Beweglichkeit und taktisches Handlungsvermögen, um die herangereiften Fragen einer Lösung näherzubringen.

Friedliche Koexistenz heißt: Schluß mit der USA-Aggression in Vietnam

Unter den gegenwärtigen Bedingungen müssen die Bemühungen um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam und auf die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik, also auf die Beseitigung der beiden Hauptkriegsgefahrenherde, gerichtet sein.

In Vietnam geht es heute darum, die Aggression zu beenden, den Abzug der amerikanischen Truppen herbeizuführen, dem südvietnamesischen Volk zu seinem Recht zu verhelfen, über seine Fragen selbst zu bestimmen und die Einhaltung der Genfer Beschlüsse durchzusetzen. In diesem Kampf finden die Demokratische Republik Vietnam und die südvietnamesische Befreiungsfront die Unterstützung des sozialistischen Weltsystems und aller antiimperialistischen Kräfte, eine Unterstützung, die jedoch wirksamer wäre, wenn sich alle diese Kräfte zur gemeinsamen Aktion vereinen würden, wie das die Sowjetunion immer wieder vorschlägt. Die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden Volk Vietnams für die Beendigung der amerikanischen Aggression, für das Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, ist zu einer der wichtigsten Bewegungen für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz geworden.

Unbestreitbar ist die Unterstützung, die die Sowjetunion auf außenpolitischen, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet der Demokratischen Re-

publik Vietnam erweist. Diese Unterstützung hat die vietnamesische Regierung mehrfach veranlaßt, der Sowjetregierung für ihre Hilfe zu danken und zu erklären, daß die Sowjetregierung jede Art von erwünschter Hilfe gewährte und auch weiterhin gewähren wird. Diese Tatsache strafft alle Verleumdungen Lüge, die Sowjetunion würde dem vietnamesischen Volk nicht die notwendige Hilfe erweisen. All ihre Bemühungen richtet die Sowjetunion und die KPdSU auf die Zusammenführung aller sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte gegen die amerikanische Aggression und in diesem Zusammenhang auf die Verbesserung der Beziehungen zur chinesischen Volksrepublik und zur Kommunistischen Partei Chinas.

Auch in der Bundesrepublik nimmt die Bewegung gegen die amerikanische Aggression und ihre Unterstützung seitens der Bonner Machthaber an Umfang zu. Davon zeugten die Demonstrationen und Kundgebungen, die in den letzten Wochen und Monaten stattfanden. Davon sprechen die Beschlüsse von Gewerkschaften, Jugendverbänden und anderen Friedensvereinigungen. Angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wissenschaft und Kultur haben die Initiative für eine Hilfsaktion zur Unterstützung der Opfer des amerikanischen Bombenterrors begonnen, die in der Öffentlichkeit große Sympathie findet.

Der konkrete Kampf für friedliche Koexistenz in unserem Lande bedeu-

tet heute die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik, gleich in welcher Form, sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Diese Erkenntnis findet ihren aktiven Ausdruck in der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung.

Die Gewerkschaften sprechen sich für eine konstruktive Friedenspolitik aus. Sozialdemokratische Mitglieder, Organisationen und Millionen Wähler erwarten ein wirkungsvolles Hervortreten für eine dem Frieden und der Entspannung verpflichtete Politik. Arbeiterjugendorganisationen und Studentenvereinigungen wehren sich in gemeinsamen Aktionen gegen die atomare Aufrüstung. Geistesschaffende warnen vor dem Atombombenanspruch der herrschenden Kreise und fordern zum Widerstand auf. Die „Kampagne für Abrüstung“, die Deutsche Friedens-Union und all ihre Anhänger treten aktiv für eine Politik der Friedenssicherung ein. Liberale und demokratische Politiker und Publizisten wünschen eine Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen

Ländern. Handels- und Industriekreise streben nach einer Ausweitung ihrer Handels- und Geschäftsbeziehungen.

Wenn all diese Kräfte zusammenstehen — und das ist eine der wichtigsten Konsequenzen auch aus dem Ausgang der Bundestagswahlen —, wenn sie gemeinsam dem Kriegskurs und Atombombenanspruch der regierenden Kreise widerstehen, dann kann einer Politik der friedlichen Koexistenz auch in der Bundesrepublik zum Durchbruch verholfen werden. In diesem Bestreben finden die friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik die solidarische Unterstützung der DDR. Das Sinnen und Trachten der DDR, all ihre Vorschläge sind auf Frieden und Sicherheit in Deutschland und auf die Schaffung von Voraussetzungen für die Annäherung beider deutscher Staaten gerichtet. Friedliche Koexistenz in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten würde unser Volk von der Furcht befreien, daß von der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht und würde in der Tat Deutschland Sicherheit geben.

Über das Septemberplenum des ZK der KPdSU

Vom 27. bis 29. September 1965 fand in Moskau ein bedeutsames ZK-Plenum statt. Auf der Tagesordnung standen die Verbesserung der Leitung in der Industrie, die Vervollkommenung der Planung und die Verstärkung der wirtschaftlichen Stimulierung der Industrieproduktion und die Einberufung des XXIII. Ordentlichen Parteitages der KPdSU. Nachstehend unterrichtet „Wissen und Tat“ kurz über die wichtigsten Probleme dieser Tagung.

UdSSR für allseitige Festigung der sozialistischen Völkergemeinschaft

Leonid Breschnew vor dem Plenum des ZK der KPdSU

Die Außenpolitik der Sowjetunion ist darauf gerichtet, die sozialistische Völkergemeinschaft allseitig zu festigen, den Befreiungskampf der Völker zu unterstützen und den Weltfrieden zu erhalten. Das sagte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, am 29. September in seiner Rede vor dem Plenum des ZK.

Diesem Ziel dienten auch die Verhandlungen mit führenden Vertretern mehrerer sozialistischer Länder und Bruderparteien.

Die Gespräche mit den vietnamesischen und koreanischen Genossen, die in Moskau, Hanoi und Phoengjang stattfanden, haben zum besseren gegenseitigen Verstehen der Standpunkte beigetragen und es ermöglicht, sich über die Verstärkung der Kontakte und Beziehungen zwischen den Staaten und Parteien zu einigen.

In den Gesprächen mit polnischen, tschechoslowakischen, deutschen, ungarischen, bulgarischen, rumänischen, mongolischen und kubanischen Freun-

den standen konkrete ökonomische Probleme, aber auch solche Probleme im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, die mit der Koordinierung der Außenpolitik unserer Länder zusammenhängen. „Wir sind mit den Ergebnissen dieser Verhandlungen zufrieden“, betonte Leonid Breshnew.

Vorteilhafte ökonomische Zusammenarbeit

Leonid Breshnew hob in diesem Zusammenhang die völlige Übereinstimmung der Ansichten bezüglich der Festigung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hervor und erklärte, daß mit den Delegationen der Bruderländer auch Fragen der zweiseitigen ökonomischen Zusammenarbeit erörtert wurden. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bruderländer sei für alle Beteiligten von Vorteil.

Breshnew betonte, daß sich die Beziehungen der Sowjetunion zu den sozialistischen Bruderländern Europas bedeutend entwickelt haben. Dadurch wurde das brüderliche Bündnis der sozialistischen Länder weiter gefestigt, und die im Warschauer Pakt vereinigten Länder haben in der internationalen Arena größere Autorität erlangt. Er hob hervor, daß die Zusammenkünfte mit den Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien zur „Festigung der Einheit der Reihen der Weltarmee der Kommunisten“ beigetragen haben.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß es auf dem Wege zum Zusammenschluß der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen Bewegung noch manche Schwierigkeiten gibt.

Seit nunmehr fast einem Jahr strebt unsere Partei die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen und die Wiederherstellung der Einheit zwischen der KPdSU und der KPCh auf einer prinzipiellen Grundlage an, sagte Leonid Breshnew weiter. Von unserer Seite wurden verschiedene große Schritte in dieser Richtung getan. Leider muß man feststellen, daß diese Bemühungen der KPdSU von den Führern der KPCh nicht unterstützt wurden.

„Das Präsidium des ZK der KPdSU ist der Ansicht, daß wir deshalb kon-

sequent nach Wegen zur Beseitigung der Widersprüche, zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem Sowjetvolk und dem chinesischen Volk, zwischen unseren Parteien und Ländern suchen müssen.“

Bedeutende Mengen Waffen an DRV

Weiter sagte Leonid Breshnew, die UdSSR erweise den Bruderländern, falls es erforderlich ist, uneigennützige Hilfe. eine solche Hilfe erhält zum Beispiel Vietnam. „Das ist unsere internationale Pflicht, das ist die Verpflichtung des stärksten und entwickeltesten sozialistischen Staates.“ Leonid Breshnew teilte mit, daß die UdSSR an die DRV bereits eine bedeutende Menge Waffen und militärische Ausrüstungen geliefert hat. Die UdSSR tritt konsequent für eine gemeinsame Unterstützung der sozialistischen Bruderländer für das vietnamesische Volk ein, das gegen die Aggression der amerikanischen Imperialisten kämpft.

Zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sagte Leonid Breshnew: „Wir haben es den Führern der USA klar gesagt, daß eine Normalisierung unserer Beziehungen unvereinbar ist mit der bewaffneten Aggression des amerikanischen Imperialismus gegen das sozialistische Bruderland Vietnam. Somit haben sich unsere Beziehungen mit den USA erheblich abgekühlt und tendieren deutlich zum Einfrieren.“

Bonn für schlechte Beziehungen verantwortlich

Die Regierung Großbritanniens unterstützt vorbehaltlos die amerikanische Aggression in Vietnam und hat ein Projekt für eine sogenannte atlantische Kernstreitmacht erarbeitet, sagte Leonid Breshnew weiter. Die Entwicklung der Beziehungen zu Großbritannien ist ebenfalls erheblich beeinträchtigt.

Die Beziehungen der UdSSR zur deutschen Bundesrepublik bleiben nach wie vor schlecht, und dafür sind die herrschenden Kreise in Bonn verantwortlich. Breshnew bemerkte, daß die ökonomischen Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils aufrechterhalten werden und daß der

Handel der UdSSR mit der deutschen Bundesrepublik „etwa auf dem bisherigen Stand bleibt“.

„In letzter Zeit“, fuhr Breshnew fort, „haben wir verschiedene recht bedeutende Schritte in der Entwicklung der Beziehungen mit Frankreich getan“. „Unter Berücksichtigung des realistischen Standpunktes der Regierung Frankreichs in verschiedenen wichtigen außenpolitischen Fragen und der Linie der französischen Regierung zur weiteren Entwicklung der Beziehungen sowohl mit der Sowjetunion als auch mit anderen sozialistischen Ländern Europas, kann man sagen, daß die Perspektiven unserer Beziehungen mit Frankreich gegenwärtig nicht schlecht sind.“

„Wir halten es für nützlich und notwendig, den Kurs auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu Japan auf der Grundlage gegenseitigen Vorteils fortzusetzen“, sagte Breshnew.

In den Beziehungen zur Türkei ist es gelungen, eine gewisse Wendung in Richtung auf wachsendes gegenseitiges Vertrauen, auf gute Nachbarschaft zu erreichen. „Wir beabsichtigen, die Politik der Verbesserung der Beziehungen zur Türkei fortzusetzen.“

„Im großen und ganzen entwickeln sich unsere Beziehungen zu den Staaten Asiens und Afrikas, die sich vom kolonialen Joch befreit haben und eine unabhängige Politik anstreben, aktiv und erfolgreich“, bemerkte der Redner. Durch die freundschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern „tragen wir zur Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit bei und treten gemeinsam mit ihnen im Kampf für den Frieden und gegen die imperialistische Aggression auf“.

Neue Formen der Leitung notwendig

Auf wirtschaftliche Probleme der UdSSR eingehend, betonte Breshnew,

die Behandlung der Grundprobleme der weiteren Vervollkommnung der Planung und Leitung der Industrie bedeute nicht, daß Mißstände in der Industrie hervorgetreten sind. „Unsere Industrie arbeitet nicht schlecht.“ Der Redner verwies darauf, daß die UdSSR gemessen an der industriellen Bruttoproduktion den zweiten Platz in der Welt einnimmt.

Breshnew betonte, daß die bisherigen Formen der Leitung der Industrie es nicht gestatten, alle Vorteile des Gesellschaftssystems in vollem Umfang und im Interesse des Volkes auszunutzen. Darin besteht der Hauptsinn der Frage, die auf dem Plenum erörtert wird.

„Um alle Möglichkeiten der sozialistischen Produktionsweise vollständig auszunutzen, wird vorgeschlagen, die ökonomische Methode der Wirtschaftsleitung zu verstärken“, erklärte Leonid Breshnew. Es findet eine Umgruppierung der Kräfte, eine Überprüfung der Möglichkeiten statt, „um in schnellem Tempo vorwärts zu schreiten, um die Wirtschaft unseres Staates noch erfolgreicher zu entwickeln.“

Leonid Breshnew hob hervor, daß lange und beharrliche Arbeit sowohl der Verwaltung als auch besonders der Partei- und anderer gesellschaftlicher Organisationen zur Erziehung der Menschen, zur entschlossenen Ausrottung der Verantwortungslosigkeit, des Bürokratismus, der bürokratischen Einstellung zur Sache erforderlich ist. Sehr wichtig ist eine Auswahl der Kader, die in der Lage sind, kühn und selbständig zu arbeiten.

„Die Ministerien und die Minister selbst müssen die ganze Fülle der Verantwortung gegenüber der Partei und dem Staat für die Arbeit der von ihnen geleiteten Zweige tragen“, Breshnew sprach sich dafür aus, den Ministerien die größte Verantwortung in ihrem Zweig zu übertragen.

KPdSU erörtert höhere Stufe der Wirtschaftsleitung

Alexej Kossygin referierte auf dem ZK-Plenum

„Bei der Lösung der spruchreif gewordenen Probleme der weiteren industriellen Entwicklung und bei der Hebung des Lebensniveaus des Volkes muß besonderes Augenmerk der Ver-

vollkommnung der Methoden und Formen der Leitung in der Industrie zugewandt werden.“ Das erklärte der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Alexej Kossygin, in seinem

Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU in Moskau. „Eine Analyse zeigt, daß gewisse Entwicklungsschwierigkeiten unserer Wirtschaft vorübergehenden Charakter tragen, und sie müssen in kurzer Zeit überwunden werden.“

Ziel: Ökonomische Erfolge steigern

In dem Referat Kossygins werden vorgeschlagen:

- eine Anzahl Maßnahmen zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus der staatlichen Wirtschaftsplanung. Die Aufgabe der Planung besteht darin, in den Plänen ein rascheres Tempo der industriellen Nutzbarmachung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik festzulegen;
- ein System von Maßnahmen zur Erweiterung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Betriebe und zur Erhöhung ihrer Rolle als der wirtschaftlichen Grundzelle;
- das Rentabilitätsprinzip zu stärken und zu entwickeln, die wirtschaftliche Stimulierung der Produktion durch solche Mittel wie Preis, Gewinn, Prämie, Kredit zu erhöhen;
- das Interesse der Arbeiter und Angestellten an der Verbesserung aller Ergebnisse der Betriebstätigkeit entschieden zu verstärken;
- zur Verbesserung der Leitung in der Industrie Organe zu schaffen, aufgebaut nach Industriezweigen, d. h. Industrieministerien, die mit allen Rechten ausgestattet und für die Entwicklung dieser Zweige voll und ganz verantwortlich sind. Das Industriezweigprinzip der Leitung muß mit dem territorialen Prinzip kombiniert sein. Kossygin teilte mit, daß den Unionsrepubliken neue Rechte u. a. in der Planung, im Investbau, im Finanzwesen sowie hinsichtlich des Tarifsystems gewährt werden;
- den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR, den Volkswirtschaftsrat der UdSSR, die Volkswirtschaftsräte der Unionrepubliken und der Wirtschaftsbezirke abzuschaffen.

Die Vervolkommnung der Wirtschaftsleitung, betonte Kossygin, ist undenkbar ohne die weitere Entwicklung ihrer demokratischen Grund-

lagen, ohne die bedeutende Verstärkung der Teilnahme der Massen an der Leitung der Produktion.

Der Redner verwies darauf, daß von der richtigen Lösung der Fragen der Planung, der Leitung und der wirtschaftlichen Stimulierung der Produktion „die erfolgreiche Erfüllung des Programms des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Kommunismus, der weiteren Hebung des Wohlstands des Volkes und der Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes in vielem abhängt“.

5500 Großbetriebe seit 1959

Der sowjetische Regierungschef teilte mit, daß der Gesamtumfang der industriellen Produktion im Siebenjahrplan (1959 bis 1965) um 84 Prozent steigen wird. Ursprünglich vorgesehen waren 80 Prozent. In den sieben Jahren sind über 5500 große Industriebetriebe erbaut und ihrer Bestimmung übergeben worden. In dieser Zeit wurden demnach Anlagenfonds geschaffen, die wertmäßig den Fonds gleichkommen, die die Sowjetindustrie 1958 im Ergebnis ihrer ganzen vorhergehenden Entwicklung besaß.

Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution rückt solche Fragen in den Vordergrund wie das technische Niveau, die Qualität, die Effektivität der industriellen Produktion. Eben darauf verlagere sich heute das Schwergewicht des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs zwischen den Ländern des Sozialismus und denen des Kapitalismus.

In den letzten Jahren habe der Umfang des Nationaleinkommens und der Industrieproduktion, je Rubel Grundfonds gerechnet, eine gewisse Verringerung erfahren, heißt es weiter. Auch das Tempo des Wachstums der Arbeitsproduktivität hat sich etwas verlangsamt. „Wir können und müssen dies in den nächsten Jahren korrigieren“, sagte der sowjetische Ministerpräsident. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben, den Teil des Nationaleinkommens, der für die Konsumtion verwendet wird, in den nächsten Jahren zu vergrößern.

Infolge früherer Fehler bei der Planung sei in der Entwicklung gegenwärtig nicht die notwendige Proportion

tionalität vorhanden. Es gebe ein nicht richtiges Verhältnis zwischen der Entwicklung der Abteilung I und der Abteilung II, die zurückbleibt. Das habe sich auf das Wachstumstempo des Realeinkommens der Bevölkerung, auf den Stand der materiellen Interessiertheit negativ ausgewirkt.

Renten erneut erhöht

Für Invaliden sowie Witwen und Waisen werden ab 1. Oktober in der Sowjetunion die Renten erhöht. Danach werden allein den arbeitsunfähigen Bürgern in der RSFSR über 170 Millionen Rubel zusätzlich gezahlt. Das Gesamtbudget für die Sozialfürsorge der Republik erhöht sich damit in diesem Jahr auf 6,8 Milliarden Rubel. Gegenwärtig erhalten in der RSFSR über 15 Millionen Bürger staatliche Renten. Die Mindestrenten waren im Mai dieses Jahres schon einmal heraufgesetzt worden.

Die gegenwärtigen Formen der Leitung, der Planung und der Stimulierung der Industrie entsprechen nicht mehr den modernen technisch-ökonomischen Bedingungen und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte.

Kossygin erwähnte in diesem Zusammenhang die Erweiterung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe, z. B. die Verringerung der Zahl der Kennziffern, die zentral festgelegt werden. Es wird vorgeschlagen, statt der Kennziffer Bruttoproduktion die Auflagen der Betriebe nach dem Umfang der von ihnen realisierten Produktion festzulegen. Die besten Kennziffern für die Orientierung des Betriebes auf die Erhöhung der Effektivität der Produktion werden der Gewinn, die Rentabilität sein, die ebenfalls zentral festgelegt werden.

Alexej Kossygin betonte, daß die Leninschen Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der ökonomischen Praxis festen Fuß fassen müssen. Dazu schlug er vor, den Betrieben aus ihren Gewinn mehr Mittel für die Entwicklung der Produktion, für die Vervollkommnung der Technik, für die materielle Stimulierung der Belegschaft und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse zu belassen.

Das Interesse des Produktionskollektivs und jedes einzelnen Belegschaftsangehörigen an der Verbesserung der gesamten Arbeitsergebnisse des Betriebes sei völlig ungenügend. Es wird vorgeschlagen, durch Abführungen vom erzielten Gewinn einen Fonds zur Weckung des materiellen Interesses der Belegschaftsangehörigen zu schaffen, aus dem Prämien für hohe Arbeitsleistungen im Laufe des Jahres und für Jahresendprämien zu zahlen sind.

Industrieministerien

Kossygin bemerkte, daß die vorgeschlagenen Änderungen der ökonomischen Stimulierung nicht nur auf theoretischen Schlüssefolgerungen, sondern auch auf praktischen Erfahrungen beruhen. Der Übergang zu neuen Formen und Methoden der ökonomischen Stimulierung erfordert eine Verbesserung des Systems der Preisbildung. Der Referent vertrat die Auffassung, daß die neuen Preise 1967/1968 eingeführt werden könnten.

Die Tätigkeit der Volkswirtschaftsräte, die auch manche positive Seite aufzuweisen hatte, führte dann dazu, daß die Leitung eines jeden Industriezweiges, der ein einheitliches Ganzes bildet, auf Wirtschaftsbezirke aufgeteilt wurde. Es wird vorgeschlagen, Industrieministerien zu bilden, die die Planung vornehmen, die Produktion leiten und die Fragen der technischen Politik, der materiell-technischen Versorgung, der Finanzierung der Arbeit und der Arbeitsentlohnung lösen werden.

Die vorgeschlagenen Änderungen seien eine wichtige Wirtschaftsreform. Die Vervollkommnung der Leitung müsse allmählich und organisiert nach genau durchdachtem Plan erfolgen.

Abfuhr für Verleumder

„Wir sind überzeugt, daß unsere Freunde in den sozialistischen Ländern die Beschlüsse der Plenartagung mit Genugtuung aufnehmen werden. Unsere Widersacher aber werden natürlich bemüht sein, den Sinn dieser Beschlüsse zu verzerrn.“ Kossygin erinnerte daran, daß die bürgerlichen Ideologen die in Vorbereitung befindliche Wirtschaftsreform als Ausdruck

der Schwäche des sozialistischen Planungssystems hinzustellen suchen. Sie reden von einer Rückkehr der UdSSR auf Positionen kapitalistischen Wirtschaftens. „Vergebliche Hoffnung! Für das Wesen des Wirtschaftssystems ist entscheidend, in wessen Händen sich die Staatsmacht, die Produktions-

mittel und Produktionsinstrumente befinden, im Interesse welcher Klassen die Produktion entwickelt und der Gewinn verteilt wird. Das ist die Grundfrage, und in dieser Frage waren und bleiben wir stets auf den unerschütterlichen Positionen des Marxismus-Leninismus.“

XXIII. Parteitag der KPdSU einberufen

Beschluß des Plenums des ZK der KPdSU

Das Plenum des ZK der KPdSU hat beschlossen, den Ordentlichen XXIII. Parteitag der KPdSU für den 29. März 1966 einzuberufen.

Folgende Tagesordnung des Parteitages wurde bestätigt:

1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU — Berichterstatter: der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breshnev.
2. Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission der KPdSU — Berichterstatter: die Vorsitzende der Revisionskommission, N. A. Murawjowa.
3. Direktiven des XXIII. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahresplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für 1966—1970 — Berichterstatter: der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kossygin.
4. Wahlen der Zentralen Parteiorgane.

Der Außenhandel der DDR

von H. SZALKWIN

Die Entwicklung des Außenhandels der DDR widerspiegelt sowohl den Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums als auch seine Problematik. Der Bruch des Potsdamer Abkommens und die Spaltung Deutschlands durch die Westmächte und das deutsche Großkapital nahm dem Gebiet der heutigen DDR, das schon im ehemaligen Deutschen Reich zu den wirtschaftlich schwächer entwickelten Teilen gehörte, die Grundstoff- und schwerindustrielle Basis. Unter diesen Bedingungen eine moderne Wirtschaft zu errichten, erforderte eine Orientierung auf eine intensive Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung und einen entsprechend schnellen Ausbau der Handelsbeziehungen.

Die Ausgangsbedingungen und die wirtschaftliche Entwicklung der DDR werden u. a. in folgenden Zahlen sichtbar:

1946 war die industrielle Bruttoproduktion auf dem Territorium der heutigen DDR auf 42 Prozent des Standes von 1936 gesunken. 1949 wurden 87 Prozent des Vorkriegsniveaus erreicht. 1964 überstieg die industrielle Produktion im Vergleich zu 1936 die 400-Pro-

zent-Grenze und war etwa so groß wie die Produktion des gesamten Deutschen Reiches von 1936. Gegenwärtig nimmt die DDR am Anteil an der Weltbevölkerung etwa den 28. Platz unter allen Ländern der Erde ein, im Anteil an der Weltindustrieproduktion steht sie etwa an 9. Stelle und im Anteil am Welt Handel an 14. Stelle. Die Bedeutung des Außenhandels für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR läßt sich am Beispiel des Umsatzes pro Kopf der Bevölkerung verdeutlichen. Er betrug 1963 290 Dollar und vergleichsweise bei Italien 249, bei Japan 127 und den USA 212 Dollar.

Dieser Situation entsprechend wird im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das vom VI. Parteitag beschlossen wurde, festgestellt:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein entwickelter Industriestaat mit hohem Einfuhrbedarf an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mißt den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, den anderen sozialistischen Ländern und den

nichtsozialistischen Staaten besondere Bedeutung bei. Die Produktion von qualitativ und technisch hochwertigen Erzeugnissen für die Bezahlung der Importe ist für die Deutsche Demokratische Republik eine Lebensnotwendigkeit.¹⁾

Der Außenhandelsumsatz der DDR erreichte 1964 23,2 Milliarden Valuta-Mark²⁾; im Vergleich zu 1950 — mit 3,68 Milliarden Valuta-Mark Außen-

handelsvolumen — stieg er auf über 630 Prozent. Damit liegt das Außenhandelswachstum erheblich über dem Entwicklungstempo der industriellen Bruttoproduktion mit einem Zuwachs auf 367 Prozent im gleichen Zeitraum. Es entspricht etwa der Wachstumsrate des Außenhandels der Bundesrepublik, wobei natürlich deren absolutes Außenhandelsvolumen mit etwa 110 Milliarden Mark (1963) beträchtlich höher ist.

Die Warenstruktur des Ex- und Imports der DDR

Die Warenstruktur des Ex- und Imports wird wesentlich von den eingangs skizzierten Bedingungen beeinflußt. Bei den Importen stehen Roh- und Brennstoffe an erster Stelle. 1963 waren etwa 35 Prozent des Gesamtimports Erzeugnisse des Bergbaues und der Metallurgie (Rohstoffe und Halbfabrikate), es folgen mit etwa 15 Prozent Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie und mit etwa 13 Prozent pflanzliche und tierische Rohstoffe. Der Anteil von Chemie-Erzeugnissen betrug 8,5 Prozent. Insgesamt sind damit weit mehr als zwei Drittel des Imports Rohstoffe, Halbfabrikate und Lebensmittel.

Im Export dominieren die Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie. Der Anteil des Maschinen- und Fahrzeugbaus am Gesamtexport betrug 1963 etwa 36 Prozent, annähernd 19 Prozent des Exports kommen aus der Leichtindustrie und etwa 14 Prozent aus der feinmechanisch-optischen Industrie.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Ex- und Imports einer Reihe volkswirtschaftlich wichtiger Waren:

	1955	1964
Export		
PVC-Pulver (1000 t)	11,9	32,3
Drehmaschinen (Stck)	840	1462
Reisezugwagen (Stck)	561	1052
Rechen- und Fakturiermaschinen (1000 Stck)	47,7	59,9
Buchungsmaschinen (1000 Stck)	3,7	13,0
Untertrikotagen (Mio. Stck)	7,5	37,5
Import		
Steinkohle (Mio. t)	6,3	(10,4)
Eisenerz (Mio. t)	1,2	(1,4)
Erdöl (Mio. t)	0,65	(4,3)
Baumwolle (1000 t)	31,9	96,2
Weizen (1000 t)	555	1303
Butter (1000 t)	15	31,2
Rohkaffee (1000 t)	6,6	36,5

Heute zählt die DDR zu den führenden Exportländern von Maschinenbau-erzeugnissen. Unter den sozialistischen Ländern ist sie auf diesem Gebiet der größte Lieferant, in der Welt nimmt sie unter den Maschinen-Exporteuren den 4. Platz ein. Auch in den Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern und insbesondere zu einer Reihe von Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas konnte die DDR ihre Position als bedeutender Exporteur von Maschinen und Ausrüstungen ausbauen. Diese Bedeutung wird durch die Lieferung von bisher mehr als 550 kompletten Anlagen, Kombinaten und Produktionslinien nach sozialistischen und kapitalistischen Ländern unterstrichen. Von 1955 bis 1963 lieferte die DDR u. a. 146 Kraftwerke (einschließlich der vor 1955 exportierten Anlagen), 104 Zementwerke, 74 Baustoffanlagen, 36 Textilanlagen, 27 Zuckerfabriken (komplett oder in Kooperation), 8 Chemie-Anlagen.

¹⁾ Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 327.

²⁾ Valutamark ist eine speziell im Außenhandel der DDR verwendete Planungskennziffer, die eine bestimmte Relation zwischen der Mark der Deutschen Notenbank und den ausländischen Währungen zum Ausdruck bringt. Für binnengewirtschaftliche Rechnungen sind in Valutamark und MDN ausgedrückte Größen direkt vergleichbar.

Es wäre vereinfacht und würde auch die vollbrachten Leistungen nicht richtig charakterisieren, wollte man die Probleme übersehen, die im Prozeß der systematischen Steigerung des Außenhandelsumsatzes und der Erweiterung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu lösen waren.

Im Ergebnis der politischen Entwicklung in Deutschland nach dem Kriege war für die Wirtschaft der DDR eine außerordentlich komplizierte Lage entstanden. Die Abtrennung der damaligen westlichen Besatzungszonen zerstörte die historisch entstandenen arbeitsteiligen Verbindungen und nahm der ostdeutschen Wirtschaft insbesondere die Grundstoff- und schwerindustrielle Basis. Das erforderte von vornherein die Konzentration des ökonomischen Potentials auf die Entwicklung besonders investitionsaufwändiger Industriezweige, wie der Metallurgie. Die Politik der Bundesregierung reduzierte nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR auf ein Minimum, sondern versuchte darüber hinaus, sie zur Verwirklichung aggressiver und revanchistischer Ziele zu

mißbrauchen. Eine besondere Rolle im Wirtschaftskrieg spielte Westberlin, über das bis zur Grenzsicherung der Wirtschaft der DDR Milliarden-Verluste zugefügt wurden.

Aus einer Reihe anderer Faktoren, die das wirtschaftliche Wachstum problematisch gestalteten, sei auch darauf verwiesen, daß in der DDR grundsätzliche politische und soziale Aufgaben zu lösen waren, die die Wirtschaftskraft stark in Anspruch nahmen. Das modernste Bildungssystem in Europa zu schaffen oder auf dem Lande eine technisch gut ausgerüstete Großraumwirtschaft zu entwickeln, kostet natürlich bedeutende ökonomische Anstrengungen. Schließlich konnte sich die DDR bei weitem nicht auf eine solche Auslandshilfe stützen wie die Bundesrepublik. In der Zeit, in der Marshallplanmittel nach Westdeutschland flossen, kam die DDR, im Gegensatz zur Bundesrepublik, ihren Reparationsverpflichtungen nach, die noch 1954 zum Zeitpunkt ihrer Kündigung durch die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen etwa 2,5 Milliarden Dollar betragen.

Die Handelspartner der DDR

Die politische Diskriminierung der DDR, insbesondere durch die imperialistischen Staaten, verhinderte lange Zeit die systematische Erweiterung der Außenwirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern.

Den bedeutendsten Anteil am Außenhandelsumsatz der DDR nehmen die sozialistischen Länder ein. 1964 betrug er rund 76 Prozent, wobei die UdSSR mit etwa 45 Prozent weit an der Spitze der Handelspartner der DDR steht; es folgen die CSSR mit über 9 Prozent, die Bundesrepublik und Westberlin insgesamt mit über 8 Prozent, Polen mit knapp 7 Prozent und Ungarn mit über 4 Prozent.

Der hohe Anteil der sozialistischen Länder am Außenhandel der DDR ergibt sich allgemein aus dem notwendigen politischen und ökonomischen Bündnis der sozialistischen Staaten, das es jedem von ihnen erlaubt, selbständig und souverän eine stabile Wirtschaft aufzubauen. Es ist auch für ein Land ökonomisch nicht un interessant, daß Export und Import

der wichtigsten Erzeugnisse, wie z. B. durch die Abstimmungen zwischen den Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe langfristig zu festen Preisen gesichert sind und der Handel im Prinzip risikolos ist. Der Warenaustausch mit den sozialistischen Partnern bildet für alle sozialistischen Länder — bei den RGW-Ländern mit einem durchschnittlichen Anteil von 70 Prozent — die Grundlage ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen und damit für die planmäßige Entwicklung ihrer Volkswirtschaft. Eine Ausnahme hiervon macht die Volksrepublik China, die z. B. von 1958 bis 1963 ihren Handel mit der DDR ähnlich wie mit anderen RGW-Ländern auf 16 Prozent reduzierte. Erst in jüngster Zeit tendiert der Warenaustausch mit der VR China wieder leicht nach oben.

Von welch großer Bedeutung der Handel mit der Sowjetunion ist, wird — abgesehen von seinem hohen Anteil — daran deutlich, daß sich die Rohstoff- und Materialversorgung in

der DDR im wesentlichen auf sowjetische Lieferungen stützt. So kamen 1964 rund 58 Prozent des Gesamtimports von Bergbauerzeugnissen, 77 Prozent des Imports von Erzeugnissen der Metallurgie, 65 Prozent des Imports von Chemieerzeugnissen und 45 Prozent des Imports von pflanzlichen Erzeugnissen aus der Sowjetunion. Man muß außerdem berücksichtigen, daß die UdSSR gleichzeitig der Hauptmarkt für die traditionellen Industriezweige der DDR ist und daß sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern nicht nur auf den Warenaustausch beschränkt. So erhielt z. B. die DDR mehrfach sowjetische Kredite, beide Länder pflegen einen umfangreichen Dokumentationsaustausch und koordinieren mit weitergehenden Methoden die Entwicklung der Wirtschaft ihrer Länder.

Damit sind entscheidende Voraussetzungen gegeben, um die notwendigen Proportionen zwischen den Wirtschaftszweigen der DDR herzustellen und ein hohes wirtschaftliches Entwicklungstempo zu sichern, das auch die Grundlage für den schrittweisen Ausbau der Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern ist.

Der Außenhandelsumsatz mit den kapitalistischen Ländern (einschließlich Westdeutschland und Westberlin) stieg von etwa 1 Milliarde Valutamark im Jahre 1950 auf rund 5,5 Milliarden Valutamark 1964. Zu den wichtigsten westeuropäischen Handelspartnern der DDR (ohne Westdeutschland und Westberlin) zählen in der Reihenfolge ihres Anteils am Außenhandelsumsatz Großbritannien, Österreich, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Frankreich, sowie in Übersee Indien, die VAR und Brasilien. Die DDR bewies mehrfach ihr Interesse, den Warenaustausch mit den kapitalistischen Ländern zu intensivieren, weil sich hierbei für alle Partner günstige Möglichkeiten bieten, die zwischenstaatliche Arbeitsteilung auszunutzen. Eine solche Zusammenarbeit setzt jedoch die Einhaltung der Grundregeln des Zusammenlebens der Staaten und eine gewisse Stabilität der Handelsbeziehungen voraus. Die bedeutendsten Fortschritte auf diesem Gebiet wurden in den Wirtschafts-

beziehungen zu einer Reihe von Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erzielt, mit denen z. T. eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit über den zwischenstaatlichen Handel hinaus erreicht wurde. Das widerspiegelt sich in der Erhöhung des Handelsvolumens. Von 1955 bis 1963 stieg beispielsweise der Handel der DDR mit den kapitalistischen Industriestaaten auf 135 Prozent, dagegen mit den Entwicklungsländern auf 240 Prozent.

Der Prozeß der schrittweisen Normalisierung des Handels mit den kapitalistischen Ländern ist nicht zu übersehen. Das wird an der Entwicklung der Abkommensbeziehungen, die die DDR unterhält, deutlich. 1950 existierten ausschließlich mit den sozialistischen Ländern staatliche Abkommen über den gegenseitigen Warenaustausch, 1958 erhöhte sich die Zahl der Abkommen mit anderen Ländern auf 24 und gegenwärtig bestehen mit 50 Ländern Abkommensbeziehungen, darunter mit 32 Staaten auf Regierungsebene.

Die Durchsetzung normaler und gleichberechtigter Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern mußte in harter Auseinandersetzung mit der von Westdeutschland betriebenen Diskriminierungs- und Blockadepolitik erfolgen.

Die Bedeutung der DDR für den Welthandel, insbesondere für die Entwicklung des Handels zwischen den Weltwirtschaftssystemen und die Normalisierung der Beziehungen veranschaulicht die Entwicklung der Leipziger Messe, die ihren führenden Platz unter den Weltmessen ausbauen konnte.

1958 kamen 16 Länder zur Messe und belegten 163 000 qm, bei etwa 8000 Ausstellern.

Zur Jubiläumsmesse 1965 waren es 75 Länder und 10 450 Aussteller, die 344 000 qm Ausstellungsfläche belegten.

Der Außenhandel der DDR widerstellt somit die ständig wachsende wirtschaftliche Kraft des Staates der Arbeiter und Bauern und ist zugleich ein Ausdruck ihrer gewachsenen politischen Autorität in Europa und in der Welt.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Brief aus Südafrika

Der Kampf gegen die Apartheid-Politik

Rechtsanwalt und Königlicher Rat Bram Fisher ist der Hauptangeklagte im Johannesburger Prozeß gegen 13 Männer und Frauen unter der Beschuldigung, Mitglieder oder Anhänger der verbotenen Kommunistischen Partei zu sein. Die folgende Botschaft sandte er von „irgendwo in Südafrika“.

Im Jahre 1965 bietet Südafrika oberflächlich den Schein einer selbstbewußten Zuversicht, eines Selbstbewußtseins innerhalb der weißen Wählerschaft, die sich in der Sonne einer phänomenalen Prosperität sonnt, und der Zuversicht einer Regierung, die 16 Jahre lang jeden Versuch der Volksmehrheit, die Menschenrechte herzustellen, gewaltsam niedergeschlagen hat und heute fest im Sattel zu sitzen scheint.

Südafrika mag Spanien ähneln, ist aber kein zweites Spanien. Die Apartheid ruft in einer Weise, die einzig dasteht in der Geschichte, den Abscheu aller Vereinten Nationen mit Ausnahme Portugals hervor, und nicht nur den Abscheu, sondern auch die wachsende Entschlossenheit, einer solchen Rassenherrschaft ein Ende zu bereiten. Es mag richtig sein, daß viele Investoren in Südafrika für eine starke Regierung sind und sich daher gegen jede Einmischung in die Politik einer solchen Regierung wenden, die versucht, Ruhe und Ordnung um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Das mag richtig sein für heute. Aber es hört auf, richtig zu sein, sobald die Politik der Regierung Unruhen und Gefahren von außen heraufbeschwört. In einem solchen Stadium würde es in zunehmendem Maße klarwerden, daß es im Interesse der Investoren läge, eine rasche Änderung und den Übergang der politischen Macht an eine wirklich repräsentative Regierung zu unterstützen, die Frieden zwischen den Rassen und günstige Beziehungen mit den afrikanischen Staaten und mit der UNO herstellen würde. Kann jedoch überhaupt eine Regierung

wirklich stabil sein, wenn in einer Gesellschaft von mehreren Rassen alle Nichtweißen, das sind drei Viertel der Bevölkerung, des Wahlrechts beraubt sind und die Rassengesetze verabscheuen? Kann eine Wirtschaft auf die Dauer stabil sein, wenn die Konjunktur ausschließlich einer politisch dominierenden weißen Minderheit vorbehalten ist? Kann eine Politik, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Degradiierung mit sich bringt und der riesigen Mehrheit des Volkes die Menschenrechte abspricht, zum Rassenschieden führen?

Die Meinung, daß wirtschaftliche Triebkräfte die Apartheid untergraben würden, ist nur in einem beschränkten Maß richtig. Gewiß, das Gesetz, wonach gewisse Berufe nur Weißen oder nur Farbigen vorbehalten sind, wird täglich verletzt, da immer mehr Nichtweiße zu qualifizierter oder halbqualifizierter Arbeit herangezogen werden und unter der Herrschaft der Regierung der Nationalistischen Partei die Anzahl der Afrikaner, die in den sogenannten weißen Gebieten leben und arbeiten, ungefähr auf das Doppelte gestiegen ist. Obwohl ihre Löhne und Lebensbedingungen sich verbessern, bleiben doch infolge der ständig steigenden Lebenshaltungskosten Not, Armut und Unterernährung das Los der großen Mehrheit der Nichtweißen in diesem prosperierenden Land. Dazu kommt, daß die illegale Heranziehung von Afrikanern zu halbqualifizierter oder sogar zu qualifizierter Arbeit in Wirklichkeit zu einer immer größeren Ausbeutung der Arbeiterschaft führt, da die Unternehmer Afrikaner für sogenannte weiße Berufe zu

einem niedrigen Lohn aufnehmen, in der sicheren Gewißheit, daß die Afrikaner kein Organisations- und Streikrecht besitzen. Vor allem aber ist das Argument, daß wirtschaftliche Triebkräfte die Politik der Apartheid zunichte machen, trügerisch, angesichts der wachsenden menschlichen und politischen Niederhaltung, die den wachsenden „Einstrom“ von Afrikanern begleitet. Je gebildeter und „industrialisierter“ die Afrikaner werden, desto mehr werden sie niedergehalten.

Auf Grund des sogenannten 90-Tage-Gesetzes, das rasch in der ganzen Welt berüchtigt wurde, wurden tausend unserer besten Bürger auf unbeschränkte Zeit von 90 Tagen zu 90 Tagen in Einzelhaft interniert, um sie Verhören zu unterziehen. Und wie zu erwarten war, wurde dies nicht nur dazu benutzt (und kann weiter dazu benutzt werden, obwohl das Gesetz seither suspendiert worden ist), um Einzelhaft zu verhängen — an sich eine der grausamsten Strafen, wie ich aus eigener Erfahrung weiß —, sondern zur tatsächlichen physischen Folter: zu 40, 50, 60 und sogar noch mehr Stunden ununterbrochenem Stehen beim Verhör, zu elektrischer Schockbehandlung und anderen Formen von physischer Gewaltanwendung.

Unser Polizeistaat, jetzt bis an die Zähne bewaffnet, hat dieses Gesetz mit barbarischer Schärfe zu dem Versuch benutzt, die Kräfte zu brechen, die für die elementaren Menschenrechte eintreten. Derzeit gibt es mehr als 2500 politische Gefangene in unseren Gefängnissen, unter ihnen die meisten nichtweißen Führer. Der Staat meint, er hätte die Befreiungsbewegung zerschlagen, aber es ist nicht so. Wie wir aus der Geschichte einschließlich der Geschichte Südafrikas wissen, flammt der Kampf für die Freiheit, wenn er da oder dort oder für eine Zeit erstickt ist, über kurz oder lang wieder auf.

Es gibt unmittelbare Aufgaben positiver und konstruktiver Art für die Weltöffentlichkeit. Sie muß verhindern, daß wiederum die Folter zur Anwendung gelangt in einem Land, das sich zu den zivilisierten Staaten zählt. Die Weltöffentlichkeit hat

bereits dazu verholfen, daß das 90-Tage-Gesetz suspendiert wurde; jetzt muß sie dahin wirken, daß es abgeschafft wird. Denn noch gibt es dieses Gesetz, und der Justizminister hat bereits damit gedroht, es kurzerhand wieder anzuwenden.

Die Weltöffentlichkeit sollte für die Befreiung der Tausenden politischen Häftlinge wirken und bis dahin fordern, daß sie nicht wie Kriminelle der niedrigsten Art behandelt werden, wie es heute der Fall ist. Für die Frauen und die Angehörigen dieser Gefangenen muß gesorgt, ihre Kinder müssen erzogen werden. Wir in Südafrika sind gänzlich außerstande, 15 000 bis 20 000 Angehörige zu betreuen.

Das Entscheidende aber ist die Erstreckung der Menschenrechte auf alle Staatsbürger. Am Ende wird die Demokratie errungen werden, daran besteht kein Zweifel. Die Frage ist, ob dies friedlich oder nur gewaltsam erreicht werden kann.

Ein friedlicher Übergang kann herbeigeführt werden, wenn die Regierung sich bereit erklärt, mit allen Teilen des Volkes, und insbesondere mit den nichtweißen Führern zu verhandeln, die gegenwärtig auf der Insel Robben eingekerkert oder in der Verbannung sind. Die Aussichten auf solche Verhandlungen scheinen zum Verzweifeln gering. Die Regierung nimmt eine „granitene“ Haltung ein. Kein einziger der drei Ministerpräsidenten, die die Nationalistische Partei seit 1948 gestellt hat, ist je mit einem einzigen nichtweißen Führer zusammengetroffen und hat je mit einem solchen verhandelt.

Aber das ist keine statische Situation. Wir leben nicht in Spanien. Und wir schreiben 1965, nicht 1935. Wenn eine Kombination von voraussagbaren und nichtvoraussagbaren Triebkräften zu Gewalt in großem Maß oder zum Krieg führt, wären die Folgen in Form von Verlusten an Menschenleben, von Leid, von wirtschaftlicher Zerrüttung, wären der bittere Haß und die Bedrohung des Weltfriedens derart verheerend, daß ich glaube, auch weiße Südafrikaner müßten irgendwann zu der Erkenntnis kommen, daß ihre eigenen Interessen auf lange Sicht nicht auf der Aufrechterhaltung der Rassenvorherrschaft beruhen, sondern

auf der Erweiterung der Menschenrechte für alle.

Die Vereinten Nationen könnten den weißen Südafrikanern zur Erkenntnis bringen, daß die weiße Vorherrschaft zum Scheitern verurteilt ist. Ich zweifle sogar, ob es hierzu notwendig wäre, Sanktionen, Boykott und Handelsverbote anzuwenden. Ich zweifle nicht daran, daß weiße Südafrikaner sich selbst von der Apartheid frei machen und auf diese Weise ein ärgeres Blutvergießen, als es je in Algerien gab, vermeiden würden, wenn sie wirklich zur Auffassung gebracht würden, daß nach Ablauf einer gestellten Frist gewisse entscheidende Sanktionen verhängt würden.

Und wie ich in meiner 25jährigen Tätigkeit mit der ANC (African National Congress) unser afrikanisches Volk kennengelernt habe, wird es lieber alle Lasten, die durch Sanktionen verursacht würden, ertragen, als seine Freiheit mit Gewalt erreichen.

Wenn ganz Südafrika frei sein wird, wird unser Land endlich seine großen Möglichkeiten — wirtschaftlich, politisch, kulturell und auf dem Gebiet der Bildung — verwirklichen, sowohl im Innern wie in Afrika und in der Weltpolitik.

(Gekürzt aus „The African Communist“, Nr. 21/1965)

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Verdeckter Krieg — was ist das?

Im Bundestagswahlkampf sind die Bonner Politiker vor allem mit den Lösungen „Sicherheit“ und „Deutschland“ auf Stimmenfang gegangen. Jetzt ist die Wahl vorbei. Jetzt haben Strauß und Wehner in einem Fernsehgespräch ihre Wahlslogans als „olle Kamellen“ bezeichnet, mit denen die Bevölkerung hinters Licht geführt werden sollte. Tatsächlich geht es den

Bonner Regierungsparteien weder um Sicherheit noch um Deutschland. Ihre wirklichen Ziele und Absichten werden sichtbar in den Gebietsansprüchen an die sozialistischen Länder, in der Atomrüstung und der Notstandsgesetzgebung, in der Vorwärtsstrategie und der Vorbereitung eines verdeckten Krieges gegen die DDR.

Neue Variante der Vorwärtsstrategie

Die militärischen Planungen und Maßnahmen der Bundesregierung, darunter auch das Konzept des verdeckten Krieges, ergeben sich aus ihrer Revanchepolitik; sie sollen dazu dienen, den Status quo in Mitteleuropa zu überwinden, d. h. die DDR zu besiegen und die Grenzen von 1937 wiederherzustellen.

Die Bundesregierung hat zwar ständig versichert, das alles solle nur auf friedlichem Wege und mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Aber damit wird die Bevölkerung genauso gewissenlos getäuscht wie mit den Wahlslogans der CDU/CSU. Wenn Bonn wirklich friedliche Absichten hat — warum machen die Bonner Politiker

dann Stimmung für die „Befreiung der Zone“? Warum dann das in der „Wehrkunde“ (Nr. 1/1965) offen ausgesprochene Bestreben, durch Atomwaffen die „Befähigung zum ersten und zweiten Schlag“, d. h. zum Angriff zu erlangen? Warum dann die von Strauß, Krone, Hassel und Guttenberg wiederholt betonte Bereitschaft, „noch vor dem Gegner zu nuklearen Waffen zu greifen“? Warum diese kaum verhüllten Kriegserklärungen?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Weil die Bundesregierung ihre politischen Ziele durch militärische Gewalt zu erreichen sucht, weil sie eine Gewaltlösung vorbereitet. Darum sind die Bonner Politiker und Militärs auch

die Hauptverfechter der Vorwärtsstrategie, deren Wesen in der Planung, Vorbereitung und Entfesselung eines Angriffskrieges gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder besteht.

Die neueste Spielart der Vorwärtsstrategie ist der verdeckte Krieg. Diese Variante ist an die Stelle des bis 1961 gültigen Plans getreten, die DDR durch einen Überraschungsangriff von außen, d. h. „durch militärische Besetzung des mitteldeutschen Raumes bis zur Oder-Neiße-Linie“ zu erobern.¹⁾ Mit dem 13. August 1961 ist dieser — von Walter Ulbricht bereits im Januar 1960 enthüllte — Blitz-

kriegsplan jedoch gescheitert. Bonn hatte sich verrechnet und stand vor dem Scherbenhaufen seiner Politik.

Die Bonner Vorwärtsstrategen sind durch diese Niederlage jedoch nicht klüger geworden. Unfähig, die richtigen Lehren zu ziehen, begannen sie, nach neuen Wegen und Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Revanchepolitik zu suchen. An Praktiken des Nazigeneralstabs anknüpfend, entwickelten sie den Plan, die DDR nun durch einen verdeckten Krieg, d. h., durch den „verdeckten Kampf irregulärer Kräfte zur Störung oder Vernichtung der legitimen Ordnungsgewalt“²⁾ zu erobern.

Varianz zur Entfesselung des Krieges

Was damit gemeint ist, geht aus den nachstehend wiedergegebenen Pressemeldungen deutlich hervor. Knapp zwei Jahre nach dem 13. August, am 19. Juni 1963, schrieb die in Frankfurt/Main erscheinende Zeitschrift „Europäer-NATO“: „Nach Ansicht von NATO-Sachverständigen wäre für die Bundesrepublik die beste Lösung, spezialisierte Einheiten auf den Partisanenkampf vorzubereiten mit der Möglichkeit, daß sie gegebenenfalls hinter den feindlichen Linien wirksam werden.“

Über die Aufgaben dieser „Partisanen“, die heute meist „Rangers“ oder — in Anlehnung an den Sprachgebrauch der Naziwehrmacht — „Einzelkämpfer“ genannt werden, gibt ein Bericht des sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 2. Oktober 1959 Auskunft: „Die Partisanen sollen nicht nur selbst durch Sprengung, Sabotage, Überfälle usw. tätig werden und damit im rückwärtigen Bereich des Feindes Unruhe und Chaos stiften. Sie sollen auch ‚aufsässige‘ Zivilistengruppen erfassen, organisieren, ausbilden und einsetzen . . .“

Der Einsatz irregulärer Kräfte auf dem Gebiet der DDR war ein Bestandteil der früheren Aggressionspläne

¹⁾ Aus dem von Heusinger unterzeichneten Angriffsplan DECO II

²⁾ Aus der Broschüre „Der verdeckte Kampf“, Sonderheft der offiziellen Bundeswehr-Zeitschrift „Wehrausbildung in Wort und Bild“, Bonn 1964, Seite 29

und Kriegsvorbereitungen. Das Neue ist, daß Bonn diese Form des von außen organisierten Untergrund- und Bandenkampfes zur selbständigen Kriegsform erhoben hat. Darum wird in der von Juristen und Militärs gemeinsam verfaßten Broschüre „Der verdeckte Kampf“ festgestellt, daß der verdeckte Krieg für die Bonner Vorwärtsstrategen „die geeignete Form der gewaltsauslösenden Auseinandersetzung im Atomzeitalter“ ist. „Der Angriff wird — möglichst unerkannt — von außen vorbereitet und nach einem bestimmten Operationsplan durchgeführt. Das Angriffsziel besteht darin, die legale Staatsmacht zu erschüttern und nach Möglichkeit zu stürzen.“

Natürlich haben die Bonner Vorwärtsstrategen hierbei die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Gegenüber der DDR ist der verdeckte Krieg genauso zum Scheitern verurteilt wie der Plan der offenen Aggression. Im Kommuniqué über den Aufenthalt der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der UdSSR vom 24. September 1965 wird unmissverständlich gesagt, daß die DDR, die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten auf jeden Versuch einer offenen oder verdeckten Aggression mit den notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und zur Verhinderung von Provokationen antworten werden.

Bonn weiß das natürlich. Darum betrachten die Bonner Militärs den verdeckten Krieg nicht nur als selb-

ständige Kriegsform, sondern zugleich auch als **Vorstufe zum offenen Krieg, d. h. als die geeignete Methode, die Bedingungen und den Vorwand zu offenen Kriegshandlungen zu schaffen**. Daraus erklärt sich auch die wiederholte Forderung v. Hassels, daß „Atomminen, nukleare Luftverteidigungswaffen und atomare Feldwaffen in einem frühen Stadium zur Verfügung stehen müssen“.³⁾ Noch offener wurde der Bonner Heeres-Inspekteur de Maizière: „Eine rasche Kriegsentscheidung ist anzustreben . . . um so frühzeitiger und umfassender wird der Einsatz atomarer Abwehrwaffen erforderlich werden.“⁴⁾

Eine anschauliche Vorstellung, wie das alles vor sich gehen soll, vermittelt ein Bericht der „Welt“ vom 10. August 1965 über das „Drehbuch“ des USA-Strategen Herman Kahn für den Tag Y: „Unter Zuhilfenahme von Landkarten und Aufmarschplänen wurde

bühnenwirksam geschildert, wie ein Aufstand in Schwerin nach dem Vorbild des 17. Juni 1953 ausbricht, wie die Volksarmee mit den Aufständischen sich verbündet, in bewaffneten Konflikt mit den russischen Divisionen gerät, . . . daß westdeutsche Divisionen, den NATO-Befehl missachtend, nach Osten vorstoßen, von der amerikanischen 7. Armee nach einem Zögern nicht aufgehalten.“

Das mutet an wie das Hirngespinst eines Irren. Aber das sind keine leeren Wahnvorstellungen. Es wäre falsch, die Gefährlichkeit dieser Pläne zu unterschätzen. Zweifellos haben die Bonner Vorwärtsstrategen keinerlei Aussicht, ihre Ziele zu erreichen. Die Gefährlichkeit besteht aber vor allem darin, daß durch den verdeckten Kampf irregulärer Kräfte die offene militärische Aggression ausgelöst und ein Atomkrieg entfesselt wird, der unser Volk vernichten würde.

Praktische Vorbereitungen

Um die Öffentlichkeit über diese Gefahr hinwegzutäuschen, nennt die „Welt“ die „bühnenwirksame“ Schilderung das „Denkspiel eines unabhängigen Forschungsinstituts“. Aber das ist ein ausgemachter Schwindel, ein Roßtäuschertrick. Denn erstens wird hier erforscht, wie man unter den gegebenen Bedingungen am besten den Krieg entfesseln kann, und zweitens wird der verdeckte Krieg von der Bundeswehr bereits erprobt und praktisch vorbereitet.

Das ist keine bloße Behauptung. Dafür gibt es genügend Beweise. Die Erprobung des verdeckten Krieges begann im Herbst 1963 mit der NATO-Kommandostabsübung „Lion Vert“. Sie fand ihren bisherigen Höhepunkt in der NATO-Kommandostabsübung „Fallex 64“, in der erprobt wurde, wie der verdeckte Krieg ausgeweitet und Zug um Zug so gesteigert werden kann, daß er schließlich in offene Kriegshandlungen der NATO-Streitkräfte einmündet.

Aus zahlreichen Veröffentlichungen geht ferner eindeutig hervor, daß die

Bundeswehr für die verdeckte Kriegsführung praktisch ausgebildet wird. Stellvertretend für viele ähnlich lautende Berichte sei hier die „Neue Rhein-Zeitung“ vom 16. Februar 1965 zitiert: „Soldaten der 7. Panzergrenadierdivision üben in diesen Tagen auf den schneebedeckten Hängen des Sauerlandes. Vorbild der sogenannten Jagdtruppe der Bundeswehr sind die amerikanischen „Rangers“. Die künftigen Einzelkämpfer, die im Ernstfall im feindlichen Hinterland eingesetzt und als Späher ausgeschickt werden sollen, müssen ihrer Aufgabe auch bei eisiger Kälte und in tiefem Schnee gerecht werden. . . . Die Schulung der „Rangers“ ist Teil der allgemeinen Winterausbildung der Bundeswehr. Deren Ziel ist ein Jagdtrupp von ausgebildeten Einzelkämpfern für jedes Bataillon.“

Andere Pressemeldungen bestätigen, daß die Ausbildung für den verdeckten Krieg, die für Offiziere in der Truppenschule I in Hammelburg erfolgt, zum festen Bestandteil der Offiziersausbildung wird. Was schließlich die Territorialstreitkräfte betrifft, so kündigte Generalleutnant Übelhöck einem Bericht der „Hannoverschen Presse“ vom 29. Dezember 1964 zufolge an, „daß die Territorialreser-

³⁾ zitiert nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 3. 2. 1965

⁴⁾ Ulrich de Maizière, „Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung“, Hamburg-Berlin 1964, Seite 29

visten künftig vor allem auch im „verdeckten Kampf“ ausgebildet werden sollen.“

Die — angeblich von NATO-Sachverständigen empfohlene — Aufstellung spezialisierter Einheiten für den verdeckten Krieg ist in vollem Gange. Gegenwärtig verfügt jedes der drei westdeutschen Armeekorps über eine Fernspähkompanie, die aus je 30 Offizieren, 40 Unteroffizieren und 15 Soldaten besteht und an originalgetreuen Nachbildungen im unbemerkten Überschreiten der Staatsgrenze der DDR geschult wird. In allen Panzergrenadierdivisionen der Bundeswehr wurden sogenannte Jagdtrupps als Spezialeinheiten für den verdeckten Krieg aufgestellt. Außerdem wurden entsprechende Spezialeinheiten für die psychologische Kampfführung (PSK) gebildet und an der PSK-Schule in Schloß Alfter ausgebildet, darunter das Rundfunkbataillon 701, die PSK-Einheiten der drei westdeutschen Armeekorps, der Wehrbereichskommandos und der Territorialstreitkräfte.

Vor allem aber muß betont werden, daß die ganze Politik der Bundesregierung darauf hinausläuft, durch Anheizen des kalten Krieges gegen die

DDR, durch provokatorische Sitzungen des Bundestages in Westberlin, durch Provokationen an der Berliner Staatsgrenze der DDR und andere „kleine Schritte“ Zug um Zug die Bedingungen für den verdeckten Krieg zu schaffen. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die — vor allem von Schröder vertretene — Politik der Aufweichung der sozialistischen Länder gesehen werden.

Die Politik der Bundesregierung hat also nichts mit Sicherheit und nichts mit Deutschland zu tun. Den Bonner Machthabern geht es um die Ausdehnung ihres Machtbereichs. Die Gebietsansprüche der Bundesregierung, die „Befreiungs“-Propaganda, die Bürgerkriegsdrohung eines Mende usw. gehen Hand in Hand mit entsprechenden militärischen Planungen und mit der praktischen Vorbereitung eines Krieges auf westdeutschem Boden.

Diese tödliche Gefahr für das Leben unseres Volkes abzuwenden und zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht, ist und bleibt darum die vordringlichste Aufgabe jeder nationalen Politik und jedes Kommunisten.



Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat gezeigt, daß große Teile der westdeutschen Bevölkerung das ganze Ausmaß der Gefahr, die von der Revanchepolitik und den Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung ausgeht, noch nicht erkannt haben. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben jedes

Kommunisten, in der Arbeiterklasse und in anderen Volksschichten anhand der Tatsachen das Geheimnis zu enthüllen, mit welchen neuen Methoden die Bundesregierung heute auf dem Boden der Bundesrepublik den Krieg vorbereitet.

„Der 8. Ordentliche Gewerkschaftstag . . . fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Der Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel aus Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern ist Vorbereitung zum Selbstmord.“

(Aus der Entschließung Nr. 5 des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in Bremen)

Leserzuschriften

Meinungslenkung im staatsmonopolistischen Kapitalismus VON H. B. AUS HANNOVER

In Wissen und Tat, Heft 5/6 1965, hat Genosse Emil Carlebach Probleme der Agitation zur Diskussion gestellt. Die dort dargelegten Schlüssefolgerungen finden meine Unterstützung. Wie notwendig es ist, unsere Agitation auf den modernsten, sprich „ansprechendsten“ Stand zu heben, möchte ich mit meinem Beitrag, der gleichzeitig Vorschläge für eine demokratische Alternative enthält, beweisen.

Die objektiven Prozesse der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind allgemeiner Natur,

d. h. in allen imperialistischen Ländern wirksam. Aber die historischen und nationalen Bedingungen, vor allem der Klassenkräfte und des Klassenkampfes und auch die Stellung des jeweiligen imperialistischen Landes im kapitalistischen Weltsystem sind außerordentlich unterschiedlich. Daraus ergibt sich, daß die Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowohl in den einzelnen historischen Entwicklungsperioden als auch in den einzelnen imperialistischen Ländern unterschiedlich sind.

I.

Die Bundesrepublik gehört zu den Ländern, in denen eine hohe Konzentration der Produktion und des Kapitals und damit eine starke Organisation des Monopolkapitals besteht. Gleichzeitig gibt es eine unmittelbare Koordinierung zwischen den Institutionen der Monopole und des Staatsapparates, um alle Gebiete des geistigen und kulturellen Lebens mit imperialistischer Ideologie, mit Antikommunismus und Revanchismus zu durchdringen. Sie sollen die Massen ideologisch an das staatsmonopolistische System binden. Wichtigste Hebel dafür sind die Massenbeeinflussungsmittel Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Eine wichtige Rolle unter diesen Beeinflussungsmechanismen spielt der Bundesverband der Deutschen Industrie. Er umfaßt 38 Spitzenverbände der Industrie mit mehr als 7000 Unterorganisationen. In und um Bonn unterhält der BDI zusammen mit den einzelnen Arbeitgeberverbänden 1500 sogenannte Kontaktstellen, um das Parlament und die öffentliche Meinung zu steuern.

Die „Öffentlichkeitsarbeit“ des BDI ist sehr breit angelegt. In seinem Jahresbericht 1964 konnte der BDI berichten, daß es ihm gelungen sei, aus den Wirtschaftsspalten der Zeitungen, die nur von 5—6 Prozent der Leser

gelesen werden, in den allgemeinen politischen Teil und die Nachrichtenspalten der Tagespresse „vorzudringen“. Dort würden jetzt Meinungsäußerungen führender Industrieller besser wiedergegeben. Das Gleiche sei auch in den populären Illustrierten und im Fernsehen zu verzeichnen.

Verschwiegen hat der BDI aber in seinem Bericht die Mittel, um sich die Presse gefügig zu machen, um sie an die „goldenen Keiten“ zu legen. Die westdeutsche Industrie gibt jährlich allein 3 Milliarden Mark für Inserate aus.

Gefährlich ist diese Öffentlichkeitsarbeit vor allem darum, weil sie ideell und praktisch mit der Tätigkeit des Bundespresseamtes verbunden ist. Im Bundespresseamt werden die amtlichen Materialien für die Massenbeeinflussung ausgearbeitet. Ein Beobachtungsdienst verfolgt Presse, Funk und Fernsehen, um sofort mit entsprechenden Mitteln einzugreifen, wenn etwas nicht der offiziellen Propaganda und Tonart entspricht.

In Rundfunk und Fernsehen ist die Verbindung von Industrie und Staatsapparat für die gemeinsame Massenbeeinflussung noch deutlicher zu sehen. In den Aufsichtsgremien der 9 Landeanstalten des Rundfunks sitzen 18 Minister und Staatssekretäre der frühe-

ren und jetzigen Bundesregierung sowie 32 Unternehmer und drei Bankiers. Dem Rat des 2. Fernsehens gehören als stellvertretender Vorsitzender CDU-MdB Rainer Barzel und Franco-Freund von Meerkatz an. Das

Geschehen um die Panorama-Redaktion zeigt, was von solchen Kräften ausgeht: Als die Wahrheit über die politische Justiz bekannt wurde, mußten die Redakteure, darunter Eugen Kogon, gehen.

II.

Die Presse der Bundesrepublik umfaßt gegenwärtig 666 Tageszeitungen, die zusammen mit 589 Nebenausgaben eine Gesamtauflage von täglich 19 Millionen Exemplaren haben. Eineinhalb Prozent dieser Zeitungen verfügen dabei über 45 Prozent der Auflage. Diese Zahlen zeigen den hohen Grad der Konzentration an. Zeitungskönig Axel Springer, der 1959 schon 21 Prozent des Zeitungsmarktes beherrschte, hat jetzt 37 Prozent unter seiner Kontrolle. Seine Meinung floß 1964 in 2,5 Milliarden Zeitungsexemplaren unter die Menschen.

Bei den Sonntagszeitungen beherrscht Springer 87 Prozent der gesamten Auflage. Die sattsam bekannte Bild-Zeitung hat eine Auflage von etwa 4 Millionen Exemplaren und etwa 12 Millionen Leser. Dabei erscheint sie mit zum Teil unterschiedlichen Schlagzeilen und Artikeln für Nord, West und Süd.

Erst kürzlich ging die Meldung durch die Presse, daß sich ein neuer Pressekonzern gebildet hat. Der Verleger Bucerius („Zeit“, „Stern“) hat sich mit John Jahr („Constanze“, „Petra“, „Schöner wohnen“) und dem Druckereibesitzer Gruner („Spiegel“) zusammen getan.

Im Pressewesen erkennen wir also denselben Konzentrationsprozeß wie in Wirtschaft und Staat. Auch hier gilt die Erkenntnis: „Kapitalistische Konzentration ist Reaktion.“

Der Springer-Konzern ist aber nicht nur der bestimmende und finanziell stärkste Pressekonzern. Er ist auch das wichtigste Instrument zur revisionistischen und chauvinistischen Irreführung des Volkes. Als Beweise für die enge Bindung zwischen den führenden Militärs und Springer seien angeführt: Am 3. Mai 1963 besuchte Kriegsminister von Hassel mit Gefolge den Springer-Konzern in Hamburg und erläuterte vor den Redakteuren aller Springer-Blätter seine Militärpolitik. Ein höherer Offizier der Bundeswehr, Wilhelm Ossenbrink, übernahm 1964 sogar die Personalabteilung im Springer-Konzern. Nach einer Abmachung zwischen von Hassel und Springer volontieren jeweils zehn Offiziere der Bundeswehr in den Redaktionen der Springer-Tageszeitungen. Dort sollen sie die tägliche Richtung der Zeitungen im Geiste des Militarismus und Antikommunismus beeinflussen. Der Springer-Konzern ist daher ein besonders gefährliches Instrument des Militarismus, um die Menschen irrezuführen.

Eine andere Seite der offiziellen „Öffentlichkeitsarbeit“ sind die Verbots- und Zwangsmaßnahmen gegen fortschrittliche und oppositionelle Zeitungen und Zeitschriften bis zum „Spiegel“. Die Bundesbürger gehören daher, soweit sie sich nicht auf fortschrittliche Zeitungen, auf den Rundfunk und das Fernsehen der DDR orientieren, zu den am schlechtesten informierten Menschen in Europa.

III.

Das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus gibt mit der Polarisierung der Klassenverhältnisse zwischen einer kleinen Gruppe von Monopolen und der großen Mehrheit des Volkes große Möglichkeiten, den Kampf in breiter demokratischer Front zu führen. Das zeigte die große Protestbewegung gegen die von Strauß initiierte „Spiegel“-Aktion. Das be-

weist auch der Protest des DGB-Kreisausschusses Mannheim gegen den Verbotsprozeß, der die fortschrittliche Zeitung „UZ“ treffen soll.

Wir sollten uns im Kampf für echte Meinungsfreiheit auf das Grundgesetz stützen. Im Artikel 5 ist das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert. In der offiziellen Erläuterung zum

Grundgesetz ist sogar die Verpflichtung festgelegt, der Staat müsse dafür sorgen, daß die Freiheit der Meinungsverbreitung nicht durch monopolistische Tendenzen Einzelner oder irgendeine andere mißbräuchliche Ausnutzung der Pressefreiheit behindert wird.

Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften gilt es, diesem Artikel des Grundgesetzes Geltung zu verschaffen. Die Allmacht der Konzerne muß auch im Bereich der Meinungsbildung eingeschränkt und gebrochen werden. Nach meiner Meinung sind dafür die folgenden Maßnahmen vor dringlich:

- Demokratische Kontrolle über Rundfunk und Fernsehen durch die Aufnahme von Vertretern der Gewerkschaften, der Frauen- und Jugendorganisationen sowie der Bauernschaft, gemäß ihrem Bevölkerungsanteil in die Aufsichts- und Programmräte dieser Anstalten.
- Nach dem Grundgesetz ist der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verfassungswidrig. Die Großkonzerne der Meinungsbildung, vor allem der Springer-Konzern, verfügen über eine Monopolstellung. Sie sind darum im Sinne des Grundgesetzes von ihren Machtpositionen zurückzudrängen.
- Schaffung eines demokratischen Pressegesetzes, das die Bildung von Monopolen im Pressewesen verbietet und zur Offenlegung der Finanzen aller Verlage zwingt. Zu einem demokratischen Pressegesetz gehört, daß alle Verbots- und Zwangsmaßnahmen gegen Zeitungen und Publizisten, die für fried-

liche Koexistenz, für Abrüstung und Völkerverständigung, für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eintreten, aufgehoben werden. Darum muß auch die kommunistische Presse volle Freiheit erhalten.

— Das Grundgesetz untersagt Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Das erfordert ein Gesetz zum Schutz des Friedens. In diesem Gesetz sind Maßnahmen vorzusehen, um die Verbreitung militaristischer, revanchistischer und chauvinistischer Propaganda und Beeinflussung zu unterbinden. Das Gesetz sollte Maßnahmen enthalten, um Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, die der militaristischen, revanchistischen und chauvinistischen Verhetzung dienen, zu verbieten.

In diesem Kampf haben die Gewerkschaften eine große Verantwortung. Sie könnten noch mehr tun, um die gewerkschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften massenwirksamer zu gestalten. Dabei sollte man nicht die Meinungen vieler Mitglieder über hören, die eine lebendige gewerkschaftliche Tageszeitung wünschen. Die Gewerkschaften sind dazu wirtschaftlich in der Lage. Eine solche Tageszeitung, die auf der Grundlage des DGB-Grundsatzprogramms und der Anti-Notstandsbeschlüsse wirken müßte, könnte eine große geistige Kraft werden, um die Massen für die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu mobilisieren und auf den Weg des sozialen Fortschritts zu führen.

Gedanken über Meinungsforschung und Agitation

von F. G., HAMBURG

Durch den Diskussionsartikel „Bemerkungen zur Verbesserung unserer Agitation“ hat Emil Carlebach mit erfreulicher Frische eines der wichtigsten Probleme der Arbeit von Kommunisten aufgegriffen. Ich will mich bei der Betrachtung dieses Artikels darauf beschränken, festzustellen, daß die Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung der Agitation

eine wertvolle Hilfe für jeden Kommunisten darstellen. Trotzdem meine ich, daß die Diskussion über die Agitation damit in ein neues Stadium eintritt und weiterer Betrachtungen wert ist. In den nachfolgenden Ausführungen möchte ich meine Gedanken dazu äußern und damit einen Diskussionsbeitrag zu diesem Problem beitragen.

In den kapitalistischen Ländern ist die kapitalistische Klasse und ihr Staat im Besitz der Forschungsinstitute und der neuen technischen Hilfsmittel, der Elektronenrechner und Datenverarbeiter. Mit neuesten mathematisch-statistischen Methoden, mit einem speziellen Apparat (Meinungsforschungsinstitute), mit Hilfe der kybernetischen Maschinen sind sie in der Lage, die Denkvorgänge und Bewußtseinszustände von Millionen Menschen in kürzester Zeit zu ermitteln und auszuwerten. Da aber für die kapitalistische Klasse die Entwicklung des Bewußtseins der Massen eine Frage ist, die über Leben und Tod der kapitalistischen Gesellschaft entscheidet, haben die herrschenden Kreise nur ein Interesse: die Entwicklung des Bewußtseins der Massen zu verzögern und zu verhindern. Ihre Forschungszentren, die demoskopischen Institute, sind in Verbindung mit allen meinungsbildenden Instrumenten eine Art Generalstab des psychologischen Krieges gegen die nach Freiheit drängenden Völker, gegen die Arbeiterklasse und gegen die sozialistischen Länder.

In der kapitalistischen Welt gibt es heute kaum Monopolvereinigungen oder Pressekonzerne, die nicht über eigene demoskopische Institutionen verfügen. So sind in der Bundesrepublik Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen in den Dienst der psychologischen Kriegsführung eingespannt.

Tag für Tag hämmert die psychologische Kriegsmaschinerie aus Massenzeitungen, Rundfunk und Fernsehen gelenkte Informationen in die Köpfe der Leser, Zuhörer und Zuschauer mit der festen Absicht, ein Zerrbild der objektiven Wirklichkeit zu erzeugen und die Fähigkeit der Gehirne zum selbständigen Denken einzuschläfern. Diese Absicht wird durch die Tatsache erleichtert, daß die Bevölkerung sich in einer besonderen Situation befindet. Noch wirkt in vielen Köpfen das Gift des Nazismus, das mit ähnlichen Methoden in die Köpfe der Menschen geträufelt wurde.

Die alten und neuen Verderber der Nation haben mit verfeinerten Methoden das Gift nationalistischer und militaristischer Ansichten in weiten Teilen der Bevölkerung neu aktiviert und unternehmen den Versuch, es zu

einer neuerlichen chauvinistischen Kraft wirksam werden zu lassen.

Eine richtige Beurteilung der Lage, eine richtige Strategie und Taktik sind zwar die unerlässlichen Voraussetzungen für eine Änderung, jedoch sind auch die richtigen Methoden und Formen zur Beeinflussung und Entwicklung des Bewußtseins erforderlich. Die wichtigsten Methoden zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur Herausbildung eines fortschrittlichen Bewußtseins sind die wissenschaftliche Propaganda und Agitation in ihren vielfältigsten und miteinander vermischten Formen.

Agitation setzt also wissenschaftliche Kenntnisse voraus. Kann man aber sagen, daß unsere Agitation den Anforderungen schon gerecht wird? Ich meine, hier ist noch viel zu tun, um eine entscheidende Wende auch in der Parteiarbeit der Funktionäre und Mitglieder herbeizuführen.

Aus allem Vorhergesagten soll angeregt werden, die Agitation wissenschaftlich zu betreiben. Eine mangelhafte Agitation kann nicht zur Auslösung der beabsichtigten Wirkungen führen, sondern wird oft genau das Gegenteil von dem erreichen, unter Umständen die angesprochenen Massen in ihren falschen Ideologien und Vorurteilen bestärken. Die neuesten Erkenntnisse der marxistischen Philosophie, die auch die Psychologie umfassen, sollten in der Agitationsarbeit unbedingt ihren Niederschlag finden. Ich bin genau wie E. Carlebach der Meinung, daß Agitation nicht die Arbeit einiger weniger Spezialisten sein soll und sein darf. Ich meine aber, daß es unerlässlich ist, Schritt für Schritt wissenschaftliche Kenntnisse auf diesem Gebiet an die leitenden Organe und Schritt für Schritt auch für jeden agitierenden Kommunisten zu vermitteln. Es wird für die Partei sehr nützlich sein, auf diesem Gebiet hochspezialisierte Kader zu entwickeln, die der Partei bei der Ausarbeitung von neuen Formen und Methoden der Agitation wertvolle Hilfe leisten können.

Viel genauer als bisher müssen die Wünsche und Gedanken, die Hoffnungen und Forderungen der breitesten Massen und jeder einzelnen Gruppe (Großbetriebe, Gemeinden und Städte,

Gewerkschaften und sonstige gesellschaftliche Vereinigungen) untersucht werden. Dabei müssen auch statistische Methoden der Erfassung und Auswertung einbezogen werden. In gleicher Weise müssen die Wirkungen unserer Agitation erfaßt und überprüft werden. Es sollte nicht mehr genügen, festzustellen, dieses oder jenes ist bei den Massen gut angekommen, sondern wir müssen ergründen, was ist angekommen, wie ist es angekommen, warum ist es angekommen. Wir müssen lernen zu berücksichtigen, was die Massen verstehen können, verstehen wollen und warum das so ist, wo die Wurzeln fehlerhafter Bewußtseinsentwicklungen zu suchen sind. Wir müssen wissen: Begreifen die Massen unsere Terminologie? Ver-

stehen sie unsere wissenschaftlichen Begriffe oder verstehen sie sogar das Gegenteil davon? Emil Carlebach hat schon diese Fragen gestellt und auch manche der Möglichkeiten gezeigt, wie hier eine Wende zu erreichen ist.

Der alte marxistische Grundsatz: „Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift!“ schließt die Verantwortung der Kommunisten ein, immer und überall zu prüfen, wie können die Massen die Idee begreifen. Schritt für Schritt müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um unsere Weltanschauung, die menschlichsten Ziele unserer Zeit, in den Köpfen der Menschen so zu verankern, daß die Massen ihre eigene Kraft erkennen und die Gesellschaft neu gestalten.

Tatsachen aus der DDR

Herbstmesse erfüllte alle Erwartungen

Die Leipziger Herbstmesse war ein erstrangiges wirtschaftliches und politisches Ereignis und schloß mit guten Ergebnissen ab. Aussteller aus 60 Ländern hatten in 30 Konsumgüterbranchen ihre Erzeugnisse über 251 000 Besuchern aus 85 Ländern angeboten, von denen 51 500 aus dem Ausland, aus Westdeutschland und aus Westberlin gekommen waren. Damit war diese Messe ein neuer Höhepunkt des 800jährigen Jubiläums. Sie festigte den guten Ruf, den Leipzig als führender Welthandelsplatz und Zentrum des Ost-West-Handels genießt. Nachfolgend einen Auszug aus der Weltpresse:

„Allgemeen Dagblad“, Niederlande:

Die Ostdeutschen haben allen Grund, stolz zu sein. Jetzt ist ein wachsendes Vertrauen in die Kraft der ostdeutschen Wirtschaft zu beobachten.

„Kölner Stadtanzeiger“:

Die Tage, da man in Bonn hoffte, mit dem innerdeutschen Austausch die DDR praktisch an der Leine behalten zu können, sind längst vorbei.

„Dagens Nyheter“, Schweden:

Von den verschiedenen Messen, die wir besucht haben – auch in West-

deutschland – finden wir, daß diese Messe faktisch jene Messe ist, die für uns, auf unserem Gebiet, die wertvollste ist.

„Neues Deutschland“, Berlin:

Wir erinnern an die Londoner „Times“ – ein unserem Staat keineswegs freundlich gesonnenes Blatt der Großbourgeoisie –, die am 6. September 1965 ihren Lesern berichtete, daß die Geschäftsleute in Leipzig die „Wahrheit einer kommunistischen Lösung“ bestätigten, die besagt, daß Leipzig der größte Treffpunkt für den Handel zwischen Ost und West ist.

DEFA-Film über Karl Liebknecht uraufgeführt

Der aufrüttelnde DEFA-Film über Karl Liebknecht „Solange Leben in mir ist“ wurde am 10. 9. 65 vor einem begeistert mitgehenden Publikum im Berliner Filmtheater Kosmos uraufgeführt. Zu den prominenten Gästen der feierlichen Premiere, die sich zu einem bedeutenden kulturellen und politischen Ereignis gestaltete, gehörten der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, Mitglieder des Politbüros des ZK der SED, Kulturminister Hans Bentzien, der 1. Sekretär des ZK der KPD Max Reimann sowie das Kollektiv der Filmschöpfer mit Regisseur Günter Reisch.

Der Film behandelt einen wesentlichen Abschnitt aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit einem brennend aktuellen nationalen Anliegen.

Walter Ulbricht würdigte bei einem Empfang die große politische und künstlerische Bedeutung des Films. Er betonte die große erzieherische Wirkung des Films. Die Jugend und diejenigen, die damals dabei waren, werden das Werk mit Begeisterung aufnehmen, versicherte Walter Ulbricht. Wenn es dem Film gelingt, das Geheimnis, in dem imperialistische Kriege gemacht werden, lüften zu helfen, dann habe er einen wertvollen Beitrag für die Gegenwart geleistet.

20 Jahre Deutsches Theater

Am 8. September 1965 fand im Deutschen Theater in der Schumannstraße eine festliche Veranstaltung zum 20. Jahrestag der Wiedereröffnung dieser traditionsreichen Berliner Bühne statt. Die eindrucksvollsten seiner insgesamt 186 Inszenierungen noch einmal ins Gedächtnis rufend, bekräftigte das Ensemble aus diesem feierlichen Anlaß sein künstlerisches Bekenntnis zu Frieden, Humanismus und Sozialismus.

Lessings „Nathan der Weise“, die große dramatische Dichtung der Menschlichkeit und Toleranz, stand programmatisch am Beginn des neuen Weges. Eduard von Winterstein und Paul Wegener spielten in dieser unvergessenen, erschütternden Aufführung.

Mit wegweisenden zeitgenössischen Inszenierungen der Klassiker erschloß das Deutsche Theater seinem neuen Publikum das kulturelle Erbe. Goethes „Faust“ (Wolfgang Langhoff als Mephisto und Willi A. Kleinau als Faust), „Egmont“, „Don Carlos“, „König Lear“, „Minna von Barnhelm“, „Wilhelm Tell“, „Iphigenie auf Tauris“ und „Hamlet“ seien hier genannt.

Eine zweite bestimmende Linie im Spielplan galt den Werken des kritischen Realismus, den großen sowjetischen Revolutionsdramen sowie den antifaschistischen Bühnenwerken.

Mit einigen seiner jüngsten Aufführungen, vor allem Rosows „Unterwegs“ und der glanzvollen Besson-Inszenie-

zung von Schwarz' „Der Drache“ erzielte das Deutsche Theater unter der Intendanz von Prof. Heinz auch die lange erstrebten großen Erfolge auf dem Gebiet der sozialistischen Gegenwartsdramatik.

20 Jahre nach der demokratischen Bodenreform

Aus der Rede Walter Ulbrichts in Neubrandenburg.

In den 20 Jahren wurde die Agrarproduktion um das Mehrfache erhöht. In der Zeit des Aufbaues der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe konnte die große Umstellung der Produktion mit kontinuierlicher Steigerung der Leistungen gemeistert werden.

Von 1952 bis 1964 wurde die Marktproduktion

bei Schlachtvieh
von 787 auf 1248 Kilotonnen

bei Milch
von 2753 auf 5085 Kilotonnen und

bei Eiern
von 761 auf 2 656 Millionen Stück

erhöht. Die Erfüllung des Planes im Jahre 1965 zeigt, daß die LPG und VEG immer besser die Vorzüge des sozialistischen Großbetriebes nutzen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der genossenschaftlichen Zusammenarbeit zeugen davon, daß die sozialistische Revolution in der Landwirtschaft erfolgreich durchgeführt wird.“

Hochschule der Gewerkschaften

Bisher wurden 6 500 Funktionäre des FDGB in der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“ in Bernau ausgebildet. Ein politisch und wissenschaftlich bedeutsames Ereignis in der Entwicklung der Hochschule ist der Ausbau der Fakultät für Ausländerstudium, der 1959 mit der Bildung eines Instituts für Ausländerstudium begann. Bisher sind in dieser Fakultät in jeweils 18monatigen Lehrgängen über 250 ausländische Gewerkschaftsfunktionäre ausgebildet worden. Anfang 1952 war auf Beschuß des FDGB-Bundesvorstandes aus der seit 1947 in Bernau beheimateten Bundeschule eine Hochschule gebildet worden. Sie erhielt 1956 das Recht, das staatliche Diplom als Diplom-Wirtschaftler oder als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler zu verleihen.

IN GEDENKEN AN ALBERT SCHWEITZER

Wir gedenken des großen Humanisten und Nobelpreisträgers Prof. Dr. Albert Schweitzer, der in der Nacht zum 5. September in einem einfachen Holzhaus seines Urwaldkrankenhauses starb. Die Welt trauert um diesen großen Mahner und Arzt! Albert Schweitzer war ein entschlossener Gegner des Krieges und ein Helfer der Menschen. Die Öffentlichkeit ehrte ihn dafür mit dem Nobelpreis. Seine aufopferungsvolle Arbeit in Lambaréne verband er mit wachem Sinn für alles Geschehen in der Welt. So verbanden sich auch seine humanistischen Bestrebungen mit den friedlichen und fortschrittlichen Kräften in Deutschland. Auf einen Glückwunsch unseres Genossen Max Reimann, der Albert Schweitzer im Namen aller Kommunisten zum 90. Geburtstag gratulierte, hatte, antwortete Albert Schweitzer mit dem nachfolgenden Brief:

Dr. Albert Schweitzer
Lambaréne
République Gabonaise

10. 3. 1965

Herrn Max Reimann,
Sekretär des Zentralkomitees der
Kommunistischen Partei Deutschland

Sehr geehrter Herr Reimann!

Ich danke Ihnen herzlich für die guten Wünsche zum 90. Geburtstag von der Kommunistischen Partei Deutschlands. Deutsche Zeitungen lesend, weiß ich die Tendenz Ihrer Partei. Sie setzen sich für das Humanitätsideal ein. Ich studierte einst Philosophie und Theologie an der Berliner Universität und bin noch nachdem öfters nach Berlin gekommen. In Afrika habe ich mich dann Jahre hindurch mit dem Problem des humanistischen Denkens beschäftigt und gefunden, daß es das Fundament der wahren Kultur ist.

Nun bin ich 50 Jahre in Äquatorialafrika. Mein Spital ist viel größer geworden als ich es geplant hatte. Wir sind jetzt 6 Ärzte und 16 europäische Pflegerinnen. Das Spital liegt direkt auf dem Äquator am Rande des Urwalds.

Nochmals Tausend Dank.

Herzlich Albert Schweitzer.